

Werner Halbauer (Hrsg.)

Israel und der palästinensische Befreiungskampf

Ursachen des Nahostkonfliktes und
Perspektiven für den Frieden



2. Auflage Frankfurt 2002

© Verein für Geschichte und Zeitgeschichte der
Arbeiterbewegung e. V. (VGZA e. V.),

- edition aurora -

Frankfurt am Main

Druck: Pollinger Schnelldruck, Frankfurt am Main

Vertrieb über: T. ten Brink, Basaltstr. 43, 60487 Frankfurt;

www.edition-aurora.de

ISBN 3-934536-05-0

Inhalt

Vorwort	4
Anne Alexander: Die neue Intifada	6
Anne Alexander: Der Nahe Osten: Zwischen Unterdrückung und Revolte	19
Dafna Hirsch: Das Scheitern des sogenannten Friedensprozesses und Israels Friedensbewegung	27
Ahmed Shah: Israel und die antinationale Linke	34
Tony Cliff: Die Juden, Israel und der Holocaust	40

Vorwort

Mit dem Beginn des „Krieges gegen den Terror“ durch die USA im Oktober 2001 ist die Welt nicht stabiler oder friedlicher geworden. In Afghanistan sind zwar die Taliban geschlagen, aber nun streiten die USA, Russland, Europa, Pakistan, Iran und andere um ihren Einfluß in Afghanistan, das eine strategische Schlüsselrolle in der erdölreichen Region um das Kaspische Meer besitzt. Dieser blutige Sieg in Afghanistan, der mit dem Leben Tausender von Zivilisten und weiteren zehntausenden Hungertoten gezahlt wurde, hat den Machthunger der USA gestärkt. Nun wollen die USA ihre Vormachtstellung in Nahost ausbauen, wo noch immer die reichsten Erdölvorkommen der Welt lagern, die vorwiegend von US-Konzernen ausgebeutet werden. Im Namen des „Krieges gegen den Terrorismus“ führt zudem die russische Regierung Krieg in Tschetschenien und versucht der israelische Ministerpräsident Scharon, die palästinensische Befreiungsbewegung zu unterdrücken. Es ist der selbe Scharon, der wegen der Massaker 1982 an tausenden Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila im Libanon vor der Weltöffentlichkeit angeklagt wird.

Scharon springt auf diesen Zug auf, um den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung zu brechen, der gegen die Resultate des sogenannten Osloer Friedensabkommens ausbrach, der den Palästinensern nur weitere Unterdrückung und weitere Landnahme durch israelische Siedler brachte. Die Führer der Widerstandsorganisationen PLO, Hamas usw. werden kurzerhand zu Terroristen gestempelt, ihre Liquidierung gerechtfertigt und zentrale Einrichtungen der Palästinensischen Autonomiebehörde wie Radiosender, Flugplatz und Hafenanlagen plattgebombt. Das Ziel scheint die endgültige Einverleibung des Westjordanlandes in den Staat Israel und die weitere Entrechtung und Vertreibung abertausender Palästinenser zu sein.

Diese Politik Israels wird von den USA gedeckt. Für die USA ist Israel ein verlässlicher, weil abhängiger, militärischer Partner in Nahost, insbesondere wenn man den für 2002 angekündigten Krieg gegen die „Schurkenstaaten“ Irak und Iran in Nahost in Betracht zieht.

In einer Erklärung auf dem World Social Forum in Porte Allegre nimmt die antikapitalistische Bewegung Stellung gegen den Krieg:

„(...)Die Opposition gegen diesen Krieg ist eines der konstitutiven Elemente unserer Bewegungen. Die Situation des Krieges hat nunmehr den Mittleren Orient destabilisiert und den Vorwand für die neuerliche Repression gegen das palästinensische Volk geschaffen. Angesichts der brutalen Besatzung Israels besteht eine dringliche Aufgabe unserer Bewegung darin, zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu mobilisieren und seinen Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen. Das ist lebenswichtig für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region.“

In der vorliegenden Broschüre untersucht Anne Alexander die Geschichte Israels, dessen Stellung in Nahost und die Ursachen der Intifada, Dafna Hirsch beschreibt die Situation der Friedensbewegung in Israel, Ahmed Shah setzt sich mit der Dämonisierung des Islam und dem Vorwurf des Antisemitismus auseinander, der der Solidarität mit dem palästinensischen Aufstand insbesondere in Deutschland entgegenschlägt. Im Artikel „Die Juden, Israel und der Holocaust“ beschreibt Tony Cliff schließlich zusammenfassend die Tragödie des Zionismus und die Perspektiven für die Befreiung in Nahost.

Werner Halbauer, Februar 2002

Die neue Intifada

Israel, Imperialismus und der palästinensische Widerstand

Im Oktober 2000 explodierte der Konflikt zwischen den Palästinensern und Israel erneut. Die Proteste brachen aus, nachdem die israelischen Behörden dem rechten Politiker und jetzigen Premierminister Ariel Scharon einen Besuch der Al-Aqsa Moschee in Jerusalem erlaubt hatten.

Der Besuch war eine bewusste Provokation. Der Ort ist die heiligste moslemische Stätte außerhalb Arabiens. Scharon wird von den Palästinensern berechtigterweise für einen Kriegsverbrecher gehalten. Er leitete 1982 die israelische Invasion des Libanon, bei der Tausende palästinensischer Flüchtlinge ermordet wurden.

Während Scharons Besuch eröffneten israelische Truppen das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten und entfachten damit den größten Aufstand in den besetzten Gebieten seit 1987. Furchtbare Bilder gingen um die Welt: Kampfhubschrauber, die Jugendliche jagen; palästinensische Familien, die sich in ihren Häusern verbarrikadieren; ein 12-jähriger Junge, Mohammed Jemal al-Durah, der von israelischen Soldaten erschossen wurde.

Aber es gibt auch ein anderes Bild, das in den Medien gezeichnet wird. In diesem Bild ist es Israel, das um sein Überleben kämpft. Wenn Israel jetzt "hart durchgreift", so tut es nur, was jeder Staat in der Welt tun würde, um seine Bürger zu beschützen.

Diese Version ist die, die in den Medien dominiert. Selbst die Sprache der Reporter und Journalisten verrät die Einseitigkeit. Die Toten auf Seiten Israels werden als Morde oder Lynchmorde bezeichnet, während die toten Palästinenser nur "getötet" wurden oder "ihr Leben verloren" haben. Die Journalisten bedienen sich oft der Wörter der Mächtigsten in der Welt. Es war nämlich Madeleine Albright, Ex-US-Außenministerin, die die Palästinenser beschuldigte "*Israel zu belagern*".

Intifada

Arabischer Begriff für ‚Abschütteln‘; wurde während des letzten palästinensischen Aufstandes gegen die Unterdrückung Israels geprägt; dieser begann im Dezember 1987 im Gazastreifen und endete mit dem ‚Friedensbeschluss‘ 1993

Kommentatoren verweisen oft darauf, dass es sich um einen ethnischen Konflikt handele, der viele Tausend Jahre alt sei. Die Wurzel, so ihr Argument, liege darin, dass Juden und Araber einander hassen und das auch schon immer getan hätten. In Wirklichkeit gibt es keinen roten Faden des Konflikts, der den antiken Nahen Osten mit dem heutigen verbindet. Der Zionismus, die Bewegung jüdischer Nationalisten für einen jüdischen Staat, ist eine Erscheinung der Neuzeit.

Eine große Anzahl Juden lebte in arabischen Ländern, in Gemeinden die älter waren als der Islam. Hunderte Jahre lebten Juden überwiegend friedlich mit und neben ihren arabischen Nachbarn christlichen und moslemischen Glaubens. Erst die Entwicklung des Kapitalismus und der modernen europäischen Nationalstaaten brachte den Zionismus hervor, und mit ihm den Konflikt zwischen Arabern und Juden. Das Wachstum des Antisemitismus in Europa veranlasste die frühen Zionisten dazu, sich nach einem sicheren Ort für einen eigenen jüdischen Staat umzuschauen. Aber erst die Allianz zwischen Zionismus und Imperialismus verwandelte eine defensive Reaktion auf den europäischen Antisemitismus in eine unterdrückerische Bewegung, die der Zionismus in den letzten achtzig Jahren gewesen ist.

Das imperialistische Interesse an Israel

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gerieten die Großmächte in einen Wettlauf der militärischen und wirtschaftlichen Konkurrenz, der das Leben von Millionen Menschen in Afrika und Asien radikal veränderte. Riesige Gebiete wurden im Zuge dieser aggressiven Großmachtpolitik unter direkte Herrschaft der europäischen Mächte gebracht.

Die Kapitalisten forderten von ihren Regierungen, Rohstoffquellen, Ländereien und neue Märkte unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Form ökonomischer Konkurrenz, Imperialismus genannt, musste irgendwann in Krieg umschlagen.

Ohne ein Verständnis der Art und Weise, wie der Imperialismus den Nahen Osten prägte, ist auch ein Verständnis der Rolle Israels in der Region unmöglich. Vor allem eine Ware führte dazu, dass die Völker des Mittleren Osten Jahrzehnte kolonialer Unterdrückung erleiden mussten. Diese kostbare Substanz war und ist Öl, das Lebensblut des modernen Kapitalismus.

Schon nach dem ersten Weltkrieg erkannte Großbritannien die ökonomische und politische Bedeutung der Kontrolle des Zugangs zu den Ölfeldern am Persischen Golf. Die Anglo-Persian Oil Company, die sich später in BP umbenannte, fand 1908 Öl im Iran. BP, Shell und die Deutsche Bank vereinbarten im Jahre 1914 einen Vertrag über die Ausbeutung der Ölvorkommen im Irak.

Nur das zerfallende Osmanische Reich stand der kolonialen Aufteilung der Region im Weg. Die britischen Strategen versprachen den lokalen arabischen Herrschern, dass sie im Falle einer Rebellion gegen das osmanische Sultanat Unabhängigkeit erhalten würden. Die wahren Interessen wurden offengelegt, als das revolutionäre Regime in der Sowjetunion die Geheimverträge veröffentlichte, die die Aufteilung des Nahen Ostens zwischen Frankreich und England regeln sollten.

Führende britische Regierungsmitglieder argumentierten, dass ein kolonialistischer Siedlerstaat in Palästina den britischen Ölinteressen förderlich sein könnte. In den nächsten Jahrzehnten sollte die Abhängigkeit des modernen Kapitalismus vom Öl deutlich werden. Das

gesamte Funktionieren der motorisierten Gesellschaft basiert auf dem ungehinderten und billigen Zugang zu Öl.

Als der Einfluss des britischen Weltreichs abnahm, war es unvermeidlich, dass die Supermächte, die USA und die UdSSR, in Konflikt um die Kontrolle des Nahen Ostens und seiner Ressourcen geraten würden.

In den 1940er und 1950er Jahren war die Aufgabe der Mächtigen-Kolonialherren aber nicht so einfach wie in den 1880er Jahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden überall in der arabischen Welt Massenbewegungen für nationale Unabhängigkeit.

Als Reaktion darauf unterstützten die USA korrupte Regime wie zum Beispiel die Pahlavi-Dynastie im Iran und versorgten den neuen israelischen Staat mit massiven militärischen und wirtschaftlichen Hilfen. Israel versprach, der "Wachhund" des Westens im Nahen Osten zu sein. Für die USA repräsentiert Israel eine wichtige Insel der Stabilität in der Region: ein Staat, der vollkommen von amerikanischer Unterstützung abhängig ist und der von keiner anti-imperialistischen Massenbewegung in Frage gestellt werden kann.

Der Sechs-Tage-Krieg 1967 zeigte Israels beeindruckende militärische Stärke. In weniger als einer Woche erniedrigte Israel die ägyptischen und syrischen Armeen. Weitere Niederlagen 1973 zwangen Ägypten zum Kompromiss mit Israel und den USA. 1980 unterzeichnete der ägyptische Führer Sadat in Camp David einen Friedensvertrag mit Israel und machte damit den Weg dafür frei, dass Ägypten den Iran als den zweitwichtigsten amerikanischen Verbündeten im Nahen Osten ersetzte.

Die Entschlossenheit der USA, die Ölprofite um jeden Preis zu erhalten, wurde auch im Golfkrieg 1991 klar. Die USA überredeten und bedrohten eine beispiellose Anzahl arabischer Staaten, dem Bündnis gegen den Irak beizutreten. Der Krieg kostete 300.000 Irakis das Leben. Die nachfolgende ökonomische Blockade hat weit über 500.000 Menschen, hauptsächlich Kindern, das Leben gekostet. Der frühere US-Präsident, George Bush Sr., machte die Botschaft klar, als er sagte, die Neue Weltordnung sei in vier Wörtern zusammenzufassen: "*Was wir sagen, passiert*".

Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist weiterhin auf das Öl des Nahen Ostens angewiesen. Trotz der katastrophalen Auswirkungen der Verschmutzungen durch fossile Brennstoffe steigt der Ölverbrauch weiter an. Die relative Bedeutung des Öls im Nahen Osten gegenüber der gesamten weltweiten Ölproduktion hat in den letzten zehn Jahren sogar noch zugenommen. Der Vize-Chef des Ölmultis Chevron drückte das folgendermaßen aus:

"Der Nahe Osten ist das Herzstück unserer Industrie. Seine Bedeutung wird mit der Zeit noch steigen. Zwei Drittel der nachgewiesenen Ölreserven und ein Drittel der nachgewiesenen Gasreserven lagern im Nahen Osten. Und das sind nur die erforschten Vorkommen." Der Imperialismus des 21. Jahrhunderts wird vor nichts halt machen, um diesen Reichtum in den Händen der Reichen und Mächtigen zu halten.

Die Balfour Declaration

Im Jahre 1917 erklärte der britische Konservative Lord Balfour, dass die britische Regierung die 'Schaffung eines nationalen Heimes für die jüdische Bevölkerung in Palästina' unterstützen würde. Dies war der Wendepunkt, von dem an die Rechte der Palästinenser ignoriert wurden und das zionistische Projekt Gestalt annahm. Heute erinnert man sich an Balfour wegen seiner Deklaration, aber noch 1905 machte er sich einen Namen mit seinem Einwanderungsgesetz, dem Aliens Act, das jüdische Flüchtlinge an der Einreise nach Großbritannien hinderte.

Der Zionismus und die Entstehung Israels

Am Ende des 19. Jahrhunderts dachten viele Juden, dass sie eine Perspektive in den westeuropäischen Gesellschaften hätten. Die großen Revolutionen der vorhergehenden 150 Jahre hatten viele der Gesetze und Traditionen der mittelalterlichen Gesellschaft aufgehoben, die die Juden als Minderheit diskriminierten.

Trotzdem waren sie als erkennbare Minderheit Zielscheibe neuer Formen des Rassismus. Neue Theorien versuchten einerseits die Juden als "Rasse" zu verdammen und andererseits die Erinnerung an den mittelalterlichen religiösen Antisemitismus wiederzubeleben.

In Russland fanden regelmäßig antisemitische Pogrome statt, bei denen Tausende Juden ermordet wurden - antisemitische Hetzjagden angezettelt durch die zaristische Geheimpolizei. Zehntausende flohen in den Westen, nach Europa oder in die USA, um dort ein neues Leben anzufangen. Aber auch in Westeuropa fanden in dieser Zeit antisemitische Ausbrüche statt. In Frankreich wurde Albert Dreyfus, ein jüdischer Offizier, auf Grund von erfundenen Anschuldigungen wegen Spionage verurteilt. Hohe Armeeoffiziere schürten die Hysterie gegen die Juden.

Dieser Fall überzeugte den österreichischen Journalisten Theodor Herzl davon, dass es für die Juden in der europäischen Gesellschaft keine Zukunft gebe. Im Jahre 1896 veröffentlichte er ein kleines Pamphlet, "Der Judenstaat", in dem er argumentierte, dass es für Juden nur den Weg gebe, ihren eigenen Nationalstaat zu gründen, um der Verfolgung zu entfliehen. Von Anfang an war Herzl klar, dass ein jüdischer Staat den Rassismus und den Imperialismus nicht herausfordern würde. Ganz im Gegenteil: Herzl argumentierte, die Zionisten sollten um die Unterstützung einer imperialistischen Macht werben, da eine jüdische Kolonie *"ein Stück des Schutzwalles von Europa gegenüber Asien bilden würde... einen Vorposten der Zivilisation gegen die Barbarei"*.

Während der nächsten fünfzig Jahre versuchten zionistische Führer, die imperialistischen Mächte von ihrem Projekt zu überzeugen. Chaim Weizman, ein Wissenschaftler, der für die britische Regierung arbeitete, spielte eine Schlüsselrolle bei der Herstellung einer Verbindung des Zionismus mit der britischen Nahostpolitik. Britische Politiker glaubten, dass die Unterstützung der Zionisten Großbritannien die Möglichkeit eröffnen würde, eine Kolonialmacht zu schaffen, die die ganze Region dominieren würde. Ihre Einstellung zu den palästinensischen Arabern war ähnlich diskriminierend wie die Weizmanns. Weizman berichtet:

"In bezug auf die arabische Bevölkerung teilten mir die Briten mit, dass dort mehrere Hunderttausend Neger seien, dass diese Tatsache aber keine Bedeutung hätte". Die britische Regierung gab 1917 mit der "Balfour Deklaration" ihre Unterstützung für eine zionistische Siedlung bekannt. In den nächsten Jahren kamen immer mehr jüdische Siedler nach Palästina. Dem zionistischen Mythos folgend, ging es darum *"ein Land ohne Volk, einem Volk ohne Land"* zu übergeben.

In Wirklichkeit war Palästina aber eine der am dichtesten besiedelten Regionen der gesamten Mittelmeerregion. Die palästinensischen Araber hatten dort Jahrhunderte lang gelebt. Die Orangenhaine um Jaffa wurden schon seit Generationen von Palästinensern bewirtschaftet. Schon 1880 wurden jährlich über 30 Millionen Orangen von Palästina nach Europa exportiert.

Zionismus

Israels politische Philosophie. Ihre teilweise religiöse, teilweise historische Konzeption besagt, dass die jüdische Bevölkerung ein Recht auf ein Gebiet im Nahen Osten hat.

tiert. Auch christliche Gemeinden in Palästina können auf eine Tradition verweisen, die bis zu den Anfängen ihrer Religion zurückreicht. 1918 gab es 50.000 jüdische Siedler in Palästina und etwa 500.000 palästinensische Araber. Bis 1939 stieg diese Zahl auf 443.000 gegenüber einer Million an. Am Anfang konzentrierten sich die Siedler darauf, Land von arabischen Großgrundbesitzern zu kaufen. Gleichzeitig waren sie aber oft abhängig von arabischen Arbeitern. Später versuchten die Zionisten, die Palästinenser aus allen ökonomischen Bereichen herauszudrängen. Sie organisierten sich in der Histadrut, einer zionistischen Gewerkschaft. Der Slogan der Histadrut war: *„Jüdisches Land, Jüdische Arbeit, Jüdische Produkte“*. Diese Ideen wurden mit Terror durchgesetzt. Zionistische Aktivisten griffen palästinensische Marktanbieter an und zerstörten ihre Produkte. Die *„Jüdische Agentur“* setzte Großgrundbesitzer unter Druck, ihr Land zu verkaufen, und die Pachtbauern wurden dann vertrieben.

1936 explodierte die Wut der Palästinenser in einem massiven Generalstreik. Der Streik erfasste große Teile der palästinensischen Gesellschaft. Die Behörden reagierten mit Repression. Die britischen Kolonialherren rekrutierten Zionisten für Milizen. Diese *„Special Night Squads“* spielten eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des Generalstreiks, der nach 6 Monaten abgebrochen wurde und zwischen 3.000 und 5.000 Palästinensern das Leben kostete. Die Siedler lernten die Lektion von 1936. Die *„Special Night Squads“* waren der Kern der zionistischen Milizen, die die Palästinenser 1948 aus ihren Häusern vertrieben.

Die Hinwendung der britischen herrschenden Klasse zum Zionismus war nie mehr als ein zynischer Versuch, die Reste der kolonialen Macht zu erhalten. Die gleichen Politiker und Soldaten, die die Zionisten unterstützten, waren es, die versuchten, jüdische Flüchtlinge aus Deutschland daran zu hindern, in Großbritannien eine sichere Zuflucht zu finden. Selbst als Hitler an die Macht kam, blieben die Einschränkungen bestehen.

Trotzdem blieben die Zionisten unter den jüdischen Menschen weltweit eine Minderheitsströmung. Nur 8,5 Prozent der Juden, die vor Armut und Verfolgung flohen, emigrierten nach Palästina. Fast zwei Millionen hingegen zogen zwischen 1880 und 1929 in die USA.

Viele Juden bekämpften den Antisemitismus vor Ort und bauten Solidarität zu anderen Unterdrückten auf. Juden spielten eine führende Rolle in der Arbeiterbewegung in Ost-Europa und in der sozialistischen Bewegung. Selbst manche Zionisten waren wegen ihrer wachsenden Abhängigkeit von den Imperialisten misstrauisch.

Der Schriftsteller Israel Zangwill argumentierte 1921: *„Wir sind Zeugen des kuriosen Phänomens, dass in dem Moment, wo Hindus, Ägypter und Iren darum ringen, das Joch der Briten abzuwerfen, die Juden mit dem gleichen Eifer darauf drängen, sich eben diesem zu unterwerfen. Sie sind wie Schiffsbrüchige auf hoher See, die sich sogar freuen, von einer Sklavengaleere gerettet zu werden“*.

Der Zionismus war nie eine wirkliche Alternative für die Masse der jüdischen Menschen in Europa. In den 1930er Jahren war die jüdische Bevölkerung viel zu groß, um sich im Nahen Osten anzusiedeln. Und selbst nach dem zweiten Weltkrieg zog es die große Mehrheit der Juden vor, in die USA auszuwandern.

Der Holocaust und danach

Das Ereignis, welches die Zionisten von einer streitbaren Minderheit zu einer meinungsführenden Kraft innerhalb der jüdischen Diaspora verwandelte, war der Holocaust.

Die Nazis ermordeten sechs Millionen Juden in einem geplanten industriellen Massenmord, in einem Ausmaß, dass die Welt nie zuvor gesehen hatte. Jeden Tag, überall im von den Nazis besetzten Europa wurden Juden zusammengetrieben und in Eisenbahnwaggons in die Todeslager verfrachtet. Das Tor von Auschwitz wirft einen langen Schatten auf die Überlebenden und die zukünftigen Generationen und ist eine Erinnerung an die mörderische Logik des Antisemitismus.

Für die Zionisten macht der Holocaust das Argument für einen jüdischen Staat unabstreitbar. Sie verweisen darauf, dass jüdische Flüchtlinge von den USA und Großbritannien abgewiesen wurden. Trotz der Rhetorik eines *“Krieges gegen den Faschismus”* verurteilten die Alliierten Tausende von Juden zum Tode, weil sie an Einwanderungsquoten festhielten.

Aber die Verbrechen der Nazis und das schändliche Verhalten der Alliierten bestätigen die Zionisten nicht. Die Zionisten argumentieren, dass jede Kritik an Israel einem nachträglichen Sieg Hitlers gleichkommt. In den letzten Jahren haben einige Israelis dagegen argumentiert, dass der Holocaust den Juden eine besondere Verantwortung gebe, neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.

1982 marschierte Israel im Libanon ein. Im September 1982 umzingelte die von Israel bewaffnete libanesische faschistische Miliz, die Falange, die Flüchtlingslager Sabra und Schatilla. Die Israelis riegelten die Flüchtlingslager ab, während die Falangeeinheiten in sie eindringen und bis zu 2.000 palästinensische Frauen und Kinder ermordeten.

Die Tragödie ist, dass Israel, weit davon entfernt, eine Schutzburg für Juden zu sein, eine der gewalttätigsten Gesellschaften auf der Erde geworden ist. Die Allianz zwischen Zionismus und Imperialismus hat einen Staat geschaffen, dessen Überleben auf systematischer Repression basiert.

Staatsterrorismus

Jedes Jahr, wenn die Israelis ihre Unabhängigkeit feiern, begehen die Palästinenser den Al-Nakba-Tag, den Tag der Katastrophe, als sie ihr Land verloren und ins Exil gezwungen wurden. Eine Mischung aus Terror und Propaganda leerte damals die Dörfer und Städte in weiten Teilen Palästinas. Das Dorf Deir Yassin wurde für einen Angriff der rechten Milizen Stern und Irgun ausgewählt. Eine Szene dieser Ereignisse von 1948 wird von einem Beobachter des Roten Kreuzes beschrieben:

“Das erste Zimmer war dunkel, dort war alles durcheinander, aber es war niemand da. Im zweiten Zimmer entdeckte ich inmitten aufgeschlitzter Möbelstücke und allerart Trümmer einige Leichen. Hier hatte man die ‘Säuberungsaktion’ mit Maschinengewehren, dann mit Handgranaten durchgeführt. Die wurde dann mit Messern zu Ende gebracht, jeder konnte sehen dass ... das Dorf 400 Einwohner hatte, wovon etwa 50 entkamen. Alle übrigen waren planmäßig und kaltblütig hingeschlachtet worden, denn – das hatte ich selbst beobachten können – diese Bande war hervorragend diszipliniert und handelte nur auf Befehl.”

Die Vertreibung der Palästinenser hatte schließlich offizielle Rückendeckung erhalten. Der 1947 beschlossene Teilungsplan der UNO machte den Zionisten ungeheure Zugeständnisse, indem er ihnen die Kontrolle über 57 Prozent des Landes zusprach, obwohl die jüdischen Siedler nur 30 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Noch wichtiger war, dass der Teilungsplan der UN vorsah, dass die Supermächte keine Schritte unternehmen würden, um die Rechte der Palästinenser zu verteidigen. Die arabischen Nachbarstaaten entsandten Truppen nach Palästina, aber das Kräftegleichgewicht war von Anfang an ungleich. Die Zionisten hatten seit Jahren Waffen gehortet. Wie David Ben-Gurion, der erste Premierminister Israels, in seinen Memoiren beschreibt, gaben die Zionisten allein 1945 fast eine Million US-Dollar für Munition aus. Die arabischen Armeen waren demoralisiert und schlecht ausgerüstet. Schon als die ersten arabischen Truppen nur vorrückten, traten die jordanischen Herrscher in Friedensverhandlungen.

Der Landraub ging mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 weiter. Israel besetzte das Westjordanland, Ost-Jerusalem, den Gaza-Streifen und die Golanhöhen, nachdem sein Militär die syrischen und ägyptischen Armeen in einem Blitzkrieg besiegt hatte. Hunderttausende Palästinenser befanden sich jetzt unter direkter israelischer Besatzung. 1982 marschierte Israel im Libanon ein, um den Widerstand der Palästinenser zu brechen, indem der Sitz der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO in Beirut zerstört werden sollte. Unter Israels Verbündeten waren die faschistischen Falange-Milizen und die Südlibanesisische Armee, die beide für ungeheure Grausamkeiten verantwortlich sind. Erst 18 Jahre später zogen sich die Israelis zurück.

Palästinenser, die im Westjordanland und im Gaza-Streifen leben, haben jahrzehntelang grausame Repressionen erlebt. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch oder Amnesty International haben Jahr für Jahr Willkürakte der Armee, standrechtliche Hinrichtungen, Folter, Misshandlung von Journalisten und Inhaftierungen ohne Verfahren zusammengetragen. Auch Kollektivstrafen sind häufig: Ganze Dörfer und Städte werden unter Ausgangssperre gestellt und die Familien von Verdächtigen aus den Häusern vertrieben, oder ihre Häuser werden mit Beton gefüllt. Das US-Außenministerium berichtet jedes Jahr über ähnliche Vorwürfe: *”Im Mai 1996 wurde ein Häftling, der in medizinischer Behandlung war, im Jerusalemer Krankenhaus von israelischen Polizisten zu Tode geprügelt. ... Nach Aussagen des Krankenhauspersonals waren seine Hände und Füße an das Bett gefesselt gewesen.”*

In den letzten zehn Jahren wurde die direkte israelische Repression durch die israelischen Siedler ergänzt, die im Westjordanland zur Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung benutzt werden. Seit Beginn der Friedensverhandlungen 1993 zwischen der PLO und Israel sind Tausende neue Siedler in palästinensische Gebiete gezogen. Die Siedlerbevölkerung im Westjordanland verdoppelte sich in sieben Jahren von 100.000 auf weit über 200.000. Siedler schlagen, morden und entführen regelmäßig Palästinenser. Sie haben Zugang zu den besten Ländereien und den Wasserbrunnen. Die asphaltierten Verbindungsstraßen zwischen den Siedlungen, die von der israelischen Regierung finanziert werden, zerteilen das Westjordanland in voneinander isolierte Fragmente. Dies hat es der israelischen Armee ermöglicht, die besetzten Gebiete für Tage oder gar Wochen abzuriegeln. Die gesamte palästinensische Bevölkerung kann also beim geringsten Anlass faktisch unter Hausarrest gestellt werden.

Der Rassismus vieler Siedlerorganisationen hat sogar Israels Verteidiger oft schockiert und in Verlegenheit gebracht. Extremisten wie die Gruppe Kach, die bis zu dessen Ermordung von dem US-Amerikaner Meir Kahane geführt wurde, sind heute zwar verboten, aber ihr Geist lebt weiter. So stürmte Baruch Goldstein 1994 in eine Moschee in Hebron und feuerte wild in die Menge. Dabei starben 29 Menschen. Fanatiker wie Goldstein sind nicht einfach Verrückte am Rande der israelischen Gesellschaft. Ihre Aktionen sind die logische Fortführung vieler Ansätze, die in der Mitte der israelischen Gesellschaft diskutiert werden. Menachem Begin, der israelische Premierminister während der Invasion des Libanons, nannte die Palästinenser *“zweibeinige Tiere”*. Benjamin Netanjahu, Premierminister während der 90er Jahre, behauptete, die Araber hätten *“eine Disposition zu ungehemmter Gewalt. Diese sei zurückzuführen auf eine Weltsicht, die im Namen von bestimmten ideologischen und religiösen Zielen alle moralischen Skrupel zurückstelle.”*

Hilfe und Waffen: die amerikanische Verbindung

Israels Fähigkeit zur Repression ist für die Großmächte kein Geheimnis. Nach 1945 übernahmen die USA die Rolle des Hauptwaffenlieferanten Israels. Die Zahlen sind verblüffend. Die Vereinigung der amerikanischen Wissenschaftler führt an: *“Die Vereinigten Staaten haben Israel seit 1950 über 46 Milliarden US-\$ in Form von nicht-rückzahlbaren Militärhilfen zugestanden, eine Summe, welche die Militärhilfe an Ägypten, den zweiten großen Begünstigten der USA, zuletzt um 20 Milliarden überstieg.”* 1996 erhielt Israel 12 Milliarden US-\$, was 25% des weltweiten ausländischen Hilfsbudgets der USA ausmachte. Enthalten sind mehrere Millionen Dollar wirtschaftliche Hilfe an ein Land, in dem das durchschnittliche Einkommen bei 19.000 US\$ im Jahr liegt. Der größte Teil der Hilfe findet in Form der direkten militärischen Unterstützung statt. Israel erhielt circa 1,8 Milliarden US-\$ jährlich zu bevorzugten Bedingungen, die laut dem ‘Washington Report über den Nahen Osten’ *“keiner anderen Hilfe empfangenden Nation dieser Welt zur Verfügung stehen.”*

Die USA sind glücklich, Israel Ausrüstung zu verkaufen, die eindeutig zur Unterdrückung des palästinensischen Widerstandes entworfen wurde. 1998 bewilligte das US-Außenministerium Exportlizenzen für Anti-Personen-Chemikalien zur Aufstandsbekämpfung im Wert von 3,5 Millionen US-\$, dazu 28.539.400 Schuss Munition und 12.768 Gewehre.

Israel wurde über Jahre hinweg als Waffenhändler für die Paria-Staaten der Welt aufgebaut, an die sonst keiner mehr liefern wollte. Israels Kundenliste umfasste in den 80er Jahren die CIA-gestützten Contra-Rebellen in Nicaragua, den Iran, Zaire und Guatemala. Israel hatte sich auch eine besondere Beziehung zum südafrikanischen Apartheidregime aufgebaut, bei der beide Seiten Erkenntnisse über militärisches Expertenwissen austauschten und parallel dazu geheime Atomwaffenprogramme entwickelten. In vielen Fällen hat Israel als Mittelsmann gehandelt, indem es militärische Ausrüstung an Regime weiterleitete, die die USA nicht öffentlich unterstützen konnten.

Der palästinensische Widerstand

Während des halben Jahrhunderts seit der Katastrophe von 1948 hat der palästinensische Widerstand Millionen Menschen auf der Welt inspiriert. Ganze Generationen von Palästinensern sind im Exil oder in den Flüchtlingslagern der besetzten Gebiete aufgewachsen, doch bis heute haben sie ihren Kampf nicht aufgegeben. Der schwarz-weiß-gemusterte Schal, das Palituch, und die palästinensische Fahne wurden zu machtvollen Symbolen der Solidarität angesichts von Unterdrückung. Der Kampf hat Dichter hervorgebracht, Künstler, Musiker und Schriftsteller, die eine palästinensische Kultur des Widerstandes entwickelt haben.

Die Palästinenser waren auf die Katastrophe von 1948 denkbar schlecht vorbereitet. Die Widerstandsorganisationen hatten sich nicht von der Unterdrückung nach dem Generalstreik von 1936 erholt. Es dauerte bis in die späten 60er, bis palästinensische Organisationen nennenswerte Unterstützung mobilisieren konnte. Nach dem Sechs-Tage-Krieg nahmen junge Palästinenser an Guerilla-Ausbildungslagern teil, die Yasser Arafats *Fatah* anbot. Die *Fatah* stellte die Führung der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO).

Die *Fatah*-Führer argumentierten, dass die palästinensische Befreiung nur durch bewaffneten Kampf erreicht werden könne. Nach der Niederlage von Ägypten und Syrien 1967 schien die *Fatah* der einzige Fokus für Widerstand in der Region zu sein.

Hinter der Rhetorik von militanter Selbstaktivität verbarg sich die Sehnsucht nach einem Kompromiss sowohl mit den arabischen Regimes um Israel herum als auch mit den imperialistischen Machtzentralen der Region. *Fatah* setzt eher auf eine Kombination von bewaffnetem Guerillakampf und Geheimdiplomatie als darauf, Tausende normaler Palästinenser zu Massenaktionen für die palästinensische Befreiung zu mobilisieren.

Yasser Arafat lieferte ein dramatisches Symbol für die Strategie der *Fatah*, als er 1974 den historischen Schritt in die Vollversammlung der UN machte, um bekannt zu geben, dass die Strategie der PLO auf dem Gewehr und dem Olivenzweig beruhe. Bis Ende der 70er hatte die PLO bereits einige Angebote an die USA gemacht, den israelischen Staat anzuerkennen und den bewaffneten Kampf zu beenden, um im Gegenzug einen kleinen, machtlosen und ökonomisch abhängigen „palästinensischen Staat“ im Westjordanland und Gazastreifen zu erhalten.

Dennoch brauchte Israel bis Anfang der 90er, um das Angebot anzunehmen. Einer der Faktoren, der Israel an den Verhandlungstisch mit der PLO brachte, war der palästinensische Aufstand, die Intifada, die 1987 ausbrach. Die Intifada zerschmetterte Israels Selbstzufriedenheit. Steine werfende Teenager griffen die viertgrößte Militärmacht der Welt an. Generalstreiks legten die besetzten Gebiete wochenlang lahm. Das erste Mal seit 1936 waren große Teile der palästinensischen Gesellschaft geschlossen an Massenaktionen für ihre Befreiung beteiligt. Eine Aktivistin beschreibt die Auswirkungen der Intifada:

“Die Führung kommt wirklich aus den Leuten selbst und spiegelt die eigenen Ansprüche der Menschen wieder. Das ist das Werk der Volkskomitees ... wenn die Vereinte Nationale Führung des Volksaufstandes den Generalstreik ausruft, ist kein Laden offen, kein Mensch auf der Straße... Wir sehen heute einen Aufstand der andauert und eskaliert. Er involviert jetzt alle Bereiche der Gesellschaft, alle Klassen. Wir sehen Ladenbesitzer beteiligt; wir sehen Arbeiter beteiligt; es ist nicht nur eine Studentenrevolution.”

Das Herz der Intifada lag in den besetzten Gebieten, nicht bei der PLO im Exil. Durch den

Aufstand ist eine neue Generation junger Aktivisten entstanden. Bis heute hat der heroische Widerstand in den besetzten Gebieten zu einem Aufblühen der zuvor geschwächten PLO geführt. Yasser Arafat rief 1988 einen Palästinenserstaat aus und erkannte im nächsten Jahr Israel an. Amerikanische Politiker begannen, Israel zu Verhandlungen mit der PLO zu drängen.

Israelische Politiker hatten eine einfache Antwort auf die Intifada: *“Zwang, Macht, Prügel”*. Premierminister Yitzhak Schamir argumentierte, Israel müsse die Barriere der Angst zwischen Palästinensern und israelischem Militär wieder aufbauen und den Arabern der Region wieder Todesangst einimpfen. Und als die Intifada andauerte, schien es, als hätte Israel gelernt, mit der schlechten Presse und den steigenden Kosten für die Niederschlagung des Aufstandes zu leben.

Der Friedensprozess: Krieg unter anderem Namen?

Der Golfkrieg 1991 zeigte die militärische und politische Dominanz der USA im Nahen Osten. Einige israelische Strategen begannen, für Verhandlungen mit den Palästinensern zu argumentieren, um Frieden zu erreichen. Aus seiner unglaublich starken Position und mit Zustimmung der arabischen Regime rundherum, die mit US-Hilfs-Versprechungen gekauft worden waren, konnte Israel alle Bedingungen diktieren, die es wollte. Die ausgeklügelten Verträge, die von beiden Seiten seit 1993 ausgehandelt wurden, spiegeln diese Realität in jeder Klausel wieder.

Seit der Friedensprozess begann, hat Israel seine Kontrolle über die besetzten Gebiete durch ein massives Gründungs-Programm von Siedlungen ausgeweitet. Die Bautätigkeit wuchs allein im Jahr 2000 um 96%. Die Friedensverhandlungen gaben der neuen Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) direkte Kontrolle über 60% des Gazastreifens und nur 4% des Westjordanlands. Im Rest der besetzten Gebiete wird die Kontrolle mit Israel geteilt. Genau wie der UN-Teilungsplan von 1947 letztlich die Blaupause für die zionistische Übernahme wurde, legten die Friedensverhandlungen der 90er den Grundstein für die Annexion des Westjordanlands.

Es gibt einfache ökonomische und strategische Gründe für Israels Entschlossenheit, an palästinensischem Land festzuhalten. Israel bezieht 50% seiner Wasserversorgung aus Gebieten, die außerhalb seiner Grenzen von 1967 liegen. Während die Palästinenser gezwungen sind, mit primitiven und mit Düngemitteln verschmutzten Brunnen zurecht zu kommen, bauen Israelis Schwimmbecken und Gärten in die Wüste.

Frieden

Das Leben der Palästinenser hat sich seit Beginn des Friedensprozesses nicht verbessert, sondern verschlechtert. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit 1993 um 35% gefallen. In Teilen der besetzten Gebiete liegt die Arbeitslosigkeit bei 40%. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der West Bank und im Gazastreifen liegt heute bei rund 1.800 Euro; 1987 noch bei rund 2.900 Euro. In Israel liegt es bei rund 20.000 Euro. In Israel selbst leben rund eine Million Palästinenser. Sie sind Bürger zweiter Klasse. Ihr durchschnittlicher Stundenlohn liegt um ein Drittel unter dem für Juden. In Israel ist seit den 1940ern keine arabische Stadt mehr gebaut worden. Allein im letzten Jahr wurden arabischen Israelis 22.000 Baugenehmigungen verweigert. Die Kindersterblichkeit der arabischen Bevölkerung ist doppelt so hoch wie die jüdische im modernen Israel.

Der Friedensprozess hat es Israel außerdem gestattet, seinen Griff um die verarmte palästinensische Wirtschaft weiter zu festigen. In den palästinensisch kontrollierten Gebieten des Gazastreifens übt das Bevölkerungswachstum einen starken Druck auf die Ressourcen aus. Zwischen Juni 1997 und Juni 2000 stieg die Zahl der Flüchtlinge, die vom UN-Flüchtlingswerk registriert wurden, um 10,5%. Der Kontrast zwischen palästinensischer und israelischer Wirtschaft repräsentiert die Kluft zwischen dritter und erster Welt. Der Gesamtwert israelischer Exporte lag 1995 bei 19 Milliarden US-\$ verglichen mit palästinensischen Exporten im Wert von 340 Millionen, von denen 94% nach Israel gingen.

Trotz der Bitten von Seiten der PA-Beamten wollte Israel sich nicht allein auf die Mechanismen des freien Marktes verlassen, um seine Kontrolle über die palästinensische Wirtschaft durchzusetzen. Obwohl die Verhandlungen eine Reihe von Übereinkünften bezüglich des Baus eines Flughafens und von Hafenanlagen in den besetzten Gebieten erzielten, sind die Palästinenser im wahrsten Sinne des Wortes Gefangene des Gazastreifens und des Westjordanlands. Israel hat die Mechanismen der Grenzschießungen systematisch genutzt, um die palästinensische Wirtschaft zu untergraben.

Wie der Autor einer UN-Studie bemerkte, werden *“Grenzschießungen... asymmetrisch eingesetzt. Palästinensische Güter werden an der Einfuhr nach Israel größtenteils gehindert, wohingegen israelische Güter weiterhin in palästinensische Gebiete gelassen werden.”* Der Preis für palästinensische Güter in den besetzten Gebieten und in Israel wird durch die Kosten bürokratischer Kontrollen erhöht. Vorrangige Behandlung für israelische Firmen bedeutet oft, dass palästinensisches Obst und Gemüse verrottet, bevor es die Läden erreicht. Der Slogan *“jüdisches Land, jüdische Arbeit, jüdische Produkte”* beherrscht noch immer die israelische Wirtschaft.

Während die Menschenrechtsverletzungen durch Israel andauern, erleben Palästinenser in den besetzten Gebieten auch noch die Unterdrückung durch die Palästinensische Autonomiebehörde selbst. Die Sicherheitskräfte der PA sind verantwortlich für Todesfälle und Folter in ihren Gefängnissen, für die Verfolgung von Journalisten und Akademikern und für außergerichtliche Exekutionen von mutmaßlichen Terroristen. Der Herausgeber der arabischen Tageszeitung Al-Quds wurde verhaftet, weil er sich weigerte, einen Artikel über Arafats Treffen mit dem griechischen Patriarchen Jerusalems auf die Titelseite zu bringen. Arafats Kommentar zur Verhaftung war schlicht, dass man nicht zulassen könne, dass ein Redakteur den Wunsch und Willen des Vorsitzenden höre und nicht gehorche.

Ein Großteil dieser Unterdrückung dient dem Versuch, alle Kritik an der PA wegen ihrer Korruption und ihres Missmanagement der daniederliegenden Wirtschaft zu unterdrücken. Der Löwenanteil des unzureichenden palästinensischen Haushalts wird für die sieben Sicherheitsorganisationen der PA verwendet.

Der Autor Edward Said beschreibt in einem Artikel im britischen Guardian zu Beginn des Aufstandes im Oktober 2000 das Gefühl des Betrogenseins der gewöhnlichen Palästinenser.

“Einiges der neuen palästinensischen Intifada richtet sich gegen Arafat, der seine Leute mit falschen Versprechen in die Irre geleitet hat und der eine Garnison korrupter Beamten unterhält, die kommerzielle Monopole aufrecht halten, während sie inkompetent und schwach in seinem Namen verhandeln. ... Seine internationalen Förderer akzeptieren das, im Namen des Friedensprozesses, was wahrscheinlich die meistgehasste Phrase des palästinensischen Wortschatzes ist.”

Kann es Frieden im Nahen Osten geben?

Die neue Intifada vom Oktober 2000 reflektierte die Wut der gewöhnlichen Palästinenser mit der Nutzlosigkeit des Friedensprozesses. Ihr couragierter Schrei der Gegenwehr fand überall auf der Welt sein Echo. Besonders die Studenten und Arbeiter der benachbarten arabischen Länder demonstrierten aus Solidarität mit den Protesten in den besetzten Gebieten. Von Marokko über Syrien nach Ägypten gingen Hunderttausende auf die Straße. Der Funke des palästinensischen Widerstands gegen den Imperialismus setzte den Nahen Osten kurz in Brand.

Das Versagen des "Friedensprozesses" und die Schwäche der PLO zeigen deutlich, dass es unmöglich ist, durch Kompromisse mit dem Zionismus und dem Imperialismus zum Ziel zu gelangen. Friedensverhandlungen bedeuten unter diesen Bedingungen wenig mehr als Kapitulation.

Jedenfalls war in den letzten fünfzig Jahren der Nahe Osten dominiert von Bewegungen, die das Selbstbewusstsein und die Solidarität der arbeitenden Schichten unterminiert haben. Die Führer der Befreiungsbewegungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Kolonialmächte rausgeworfen haben, verlangten, dass die Arbeiter aus Syrien, Ägypten und dem Irak sich selbst opferten, um einen Nationalstaat aufzubauen. Der Traum der nationalen Befreiung verflüchtigte sich, als ökonomische Krisen die nationalen Führer in Verhandlungen mit dem US-Imperialismus trieben.

Im ganzen Nahen Osten sehen sich Arbeiter den gleichen Problemen gegenüber: steigende Preise, fallende Löhne, steigende Arbeitslosigkeit, zerbröckelnde Sozial- und Gesundheitssysteme. Obwohl sie in einer Gegend leben, die die wichtigste Ware auf diesem Planeten produziert, werden sie durch die Allianz ihrer eigenen Herrscher mit den imperialistischen Mächten in Armut gehalten. Die Tragödie der Palästinenser ist Teil der weitergehenden Tragödie der systematischen Plünderung des Nahen Ostens.

Die Schaffung des israelischen Staates basierte auf den Interessen des Imperialismus und den Manövern der Großmächte. Heute richtet sich die israelische Politik sowohl nach den Imperialisten als auch nach den Forderungen der multinationalen Konzerne. Der Kampf für die palästinensische Befreiung ist Teil einer größeren Schlacht für die Rechte der einfachen Menschen, gegen die Minderheit, die momentan alles in ihrem eigenen Interesse entscheidet. Nur dieser Kampf kann einen demokratischen, sozialistischen Staat in Palästina hervorbringen, in dem Araber *und* Juden in Frieden leben können.

Man könnte fragen, ob es nicht unmöglich ist, so eine Gesellschaft aufzubauen. Sicherlich können Jahrzehnte des Hasses nicht über Nacht weggewischt werden? Die einzig wirkliche Antwort auf diese Frage liegt in einer anderen Frage: Was wäre die Alternative?

Die Kraft, die momentan die Stellung Israels im Nahen Osten durchsetzt, ist die Macht der USA. Trotz ihrer überwältigenden militärischen Überlegenheit haben US-Waffen weder Frieden noch Sicherheit für israelische Juden geschaffen. Statt dessen leben sie in einer der gewalttätigsten und militarisiertesten Gesellschaften der Erde, einer Gesellschaft, die auf der rassistischen Annahme beruht, dass Juden nicht mit anderen Menschen in Frieden leben können. Der Zionismus kann nur überleben, solange er vom Stacheldraht der Apartheid umgeben ist.

Nicht alle Juden sind Zionisten. Es gibt andere jüdische politische Traditionen außer dem Zionismus, Traditionen der internationalen Solidarität und des Sozialismus. Noch während

der 1940er Jahre kämpften Juden, arabische Christen und Moslems in Ägypten, Irak und Syrien Seite an Seite gegen den Imperialismus. Sie erkannten ihren gemeinsamen Feind.

Die Ölgesellschaften, die dafür sorgten, dass Ken Saro-Wiwa in Nigeria hingerichtet wurde, sind dieselben, die von der *“Stabilität”* durch israelische Kampfhubschrauber im Westjordanland profitieren.

Dasselbe System, das Israel mit den neuesten militärischen Technologien versorgt, nimmt aus Schuldentrückzahlungen Milliarden von Dollar von den ärmsten Ländern in Afrika. Das ist der Grund, warum jeder Streik und jede Demonstration gegen die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die US-Außenpolitik auf die Fesseln schlägt, die die Palästinenser binden.

Dieser Kampf gegen ein unmenschliches System, das Krieg und Armut auf der ganzen Welt hervorbringt, kann die Grundlage legen für dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Anmerkungen

Dieser Text erschien in der englischen Originalausgabe unter dem Titel: Anne Alexander, *The New Intifada*, London 2001

Quellen

In folgenden Quellen finden sich Informationen, die in diesen Text einfließen:

www.btselem.org (Israelische Menschenrechtsorganisation);

www.palestine-net.com/intifada.html (Reportagen über die besetzten Gebiete);

www.guardianunlimited.co.uk (Archiv mit Augenzeugenberichten und Analysen von Edward Said);

www.pcbs.org (Palestinian Central Bureau of Statistics);

www.fmep.org (Informationen der israelischen Siedlungspolitik);

www.state.gov/www/global/human_rights/hrp_reports_mainhp.html (US State Department reports);

www.amnesty.org (Amnesty International);

www.mfa.gov.il (Archiv mit wichtigen Dokumenten des Friedensprozesses)

Zum Weiterlesen

Über Öl und Imperialismus: Anthony Sampson, *The Seven Sisters* (London, 1975).

Über die frühe zionistische Geschichte: Nathan Weinstock, *Zionism: False Messiah* (London, 1979); Phil Marshall, *Intifada: Zionism, Imperialism and Palestinian Resistance* (London, 1989).

Über Sabra und Schatila: Robert Fisk, *Pity the Nation* (Oxford, 1992).

Israel und Intifada: Noam Chomsky, *Fateful Triangle: The United States, Israel and the Palestinians* (London, 1999); David Horst, *The Gun and the Olive Branch* (London, 1977); Phyllis Bennis, *From Stones to Statehood: The Palestinian Uprising* (London, 1990).

Das Scheitern des Friedensprozesses diskutiert: Edward Said, *The End of the Peace Process* (London, 2000); Graham Usher, *Palestine in Crisis: The Struggle for Peace and Political Independence after Oslo* (London, 1995).

Der Nahe Osten: Zwischen Unterdrückung und Revolte

[...] Es ist erkennbar, dass rein objektiv gesehen die Bedingungen für eine revolutionäre Krise in einer Reihe von Ländern des Nahen Ostens bestehen - enorme Armut und eine wachsende Instabilität in einer Reihe von Staaten des Nahen Ostens verdeutlichen dies. Das Zusammenspiel von innerem und äußerem Druck auf eine große Zahl der Verbündeten der USA verschärft sich tendenziell. Zudem besteht heute mehr denn je potentiell die Möglichkeit, verschiedene Massenbewegungen grenzübergreifend zu vereinen.¹ Die Medien, und besonders das Satellitenfernsehen haben beispielsweise einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Intifada zu verbreiten.²

Aber letztlich sind es die subjektiven Bedingungen, die darüber entscheiden, ob Aufstände sich zu organisierten Demonstrationen auswachsen und Zusammenstöße mit der Polizei zu einer Massenbewegung werden. Im Nahen Osten haben während der vergangenen zehn Jahre vor allem zwei Strömungen versucht, die Kämpfe der Menschen in der Region politisch zu lenken. Zum einen stellt die Krise in Palästina die unvollendeten Ziele der nationalen Befreiungsbewegungen der 50er und 60er Jahre dar. Die neue Intifada und die zentrale Rolle der Fatah, des größten nationalistischen Blocks in der PLO, darin, zeigen die anhaltende Anziehungskraft nationalistischer Ideen. Zum anderen hat die islamistische Bewegung auf die Krise des Imperialismus mit einer Art "muslimischem Internationalismus" geantwortet, der die islamistischen Aktivisten direkt gegen imperialistischen "Kreuzritter" stellt.

In der palästinensischen Intifada tritt die Ungleichheit der Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus deutlicher hervor als in jedem anderen Konflikt in der Region. Die Bildersprache der Intifada – Kinder, die Panzer angreifen, die Zusammenstöße in den Straßen von Gaza und der West Bank, Massenbeerdigungen und -demonstrationen – hat sich in das Gedächtnis einer ganzen Generation im Nahen Osten gebrannt. Für viele Menschen spiegelt sich ihre eigene Demütigung in der Ohnmacht der arabischen Regime, die ständig wachsende Brutalität des israelischen Militärs zu stoppen.

Um das reale Potential für Widerstand gegen den westlichen Imperialismus und die hausgemachte Unterdrückung zu verstehen, ist es wichtig zu sehen, in welcher Verbindung die Intifada zu anderen Kämpfen im Nahen Osten steht. Verschiedene politische Strömungen haben nicht nur das Symbol der Intifada, sondern auch ihre Taktik des Volksaufstandes benutzt, um den Kampf im ganzen Nahen Osten auszuweiten. Die Schwäche der palästinensischen Bourgeoisie und die überwältigende militärische und wirtschaftliche Übermacht Israels haben dazu geführt, dass die palästinensische nationale Befreiungsbewegung sich noch keinen eigenen Staat erkämpfen konnte. In vielerlei Hinsicht zeugt die palästinensische Intifada von der Unverwundbarkeit nationaler Befreiungsbewegungen und vom Mut und der Kreativität des palästinensischen Volkes. Der Verlauf der Intifada während des letzten Jahres zeigt jedoch die Schwäche isolierter nationaler Kämpfe.

Dem zugrunde liegt einfach die immense Ungleichheit zwischen den beiden Seiten. Die palästinensischen Steinewerfer stehen der viertgrößten Militärmacht des Planeten gegenüber, und hinter dieser steht die allergrößte Militärmacht, die USA. Das Ausmaß der israelischen Gewalt übersteigt bei weitem die erste Intifada von 1987. Die Gewalt wurde systematisch seit dem ersten Ausbruch des Aufstandes angewandt. Ein Bericht der renommierten israelischen Menschenrechtsgruppe B'Tselem belegt klar, dass die israelische Armee bei den Vorfällen in Haram al-Sharif nach dem Besuch Ariel Scharons mit massiver Gewalt gegen einen breiten, aber meistens gewaltfreien Protest vorging.³ Das Muster der palästinensischen Todesfälle ist ebenfalls erhellend: palästinensischen Quellen zufolge sind in den letzten zwölf Monaten mehr als 200 Kinder von israelischen Soldaten getötet worden. Ein Großteil starb an Wunden im Oberkörper oder Kopf, was zeigt, dass auf sie direkt gezielt wurde und sie nicht Opfer von Kreuzfeuern wurden, wie die israelische Seite oft behauptete.⁴ Neben den Hunderten von Toten gibt es Tausende, die während des Konfliktes langfristig verkrüppelt wurden. Angesichts der mageren Ressourcen des palästinensischen Gesundheitssystems und der zerschmetternden Folgen der Wirtschaftsblockade verbirgt sich hinter diesen Zahlen gewaltiges Elend für Tausende Palästinenser. Der Ausbruch der Intifada hat die amerikanischen Waffen- und Hilfslieferungen an Israel nicht unterbrochen. Im Oktober 2000, nur Tage nach dem Massaker an Palästinensern in der Al-Aqsa Moschee in Jerusalem, besiegelte die israelische Luftwaffe ihren bisher größten Handel mit den USA. In ihm enthalten sind acht Apache Kampfhubschrauber, 14 Beechcraft Überwachungsflugzeuge und Kraftstoff im Wert von 111 Millionen Dollar.⁵

Darüber hinaus ist das Territorium, auf dem der Kampf ausgetragen wird, auf Grundlage der Osloer Friedensverträge seit 1993 stark verändert worden. Die Zerstückelung der palästinensischen Gebiete, die in den Verhandlungen vorgesehen war, hat Israel in die Lage versetzt, eine viel engmaschigere Kontrolle über den Gazastreifen und die Westbank auszuüben als 1987. Weil die ‚Autonomen Gebiete‘ in verstreute Enklaven zerteilt wurden, die von einander durch Straßen getrennt werden, auf denen israelisches Militär patrouilliert, ist die Überwachung leichter geworden, nicht schwerer:

„Die Matrix der Kontrolle wird durch rohe militärische Gewalt aufrechterhalten, obwohl sie der Besetzung ein zivileres und gutmütiges Antlitz verleiht. Die israelische Tageszeitung Yediot Ahronot zitierte eine Rede des israelischen Stabschefs Shaul Mozaf, die er vor Soldaten am Grenzposten in Erez hielt: ‚Wenn Panzer gebraucht werden, setzen wir

*Panzer ein. Und wenn Hubschrauber gebraucht werden, setzen wir Hubschrauber ein... Unsere Möglichkeiten, mit den palästinensischen Konfrontationen fertig zu werden, sind heute besser als in der Vergangenheit, und die Ereignisse vom Nakba Tag (Proteste anlässlich der israelischen Unabhängigkeitserklärung von 1948) haben das bewiesen.*⁶

Heute leben in den besetzten Gebieten rund 100.000 mehr schwer bewaffnete Siedler als 1993. Sie stellen effektiv einen weiteren Zweig des israelischen Militärs dar, der in zunehmendem Maße dazu eingesetzt wird, palästinensische Kämpfer und Zivilisten zu drangsalieren und zu töten.⁷ Die israelischen Grenzblockaden haben die palästinensische Wirtschaft zerschlagen.⁸ Erste Anzeichen eines neuen Wachstums wurden von den ökonomischen Kosten des neuen Aufstands begraben.⁹

Ironischerweise ist der gegenwärtigen palästinensischen Führung der eine Aspekt der neuen Intifada, der der israelischen Sicherheit am gefährlichsten werden könnte, bislang verschlossen geblieben. Die neue Militanz der ‚israelischen Araber‘ stellt eine ernste Herausforderung im Herzen Israels dar. Dies sind die Palästinenser, die in den Grenzen Israels von vor 1967 leben. Zum ersten Mal seit den 1970ern haben sie sich in einer Revolte erhoben, als die besetzten Gebiete im Oktober 2000 in Flammen aufgingen. Die Proteste in Nazareth und anderen palästinensischen Städten waren nicht einfach Akte der Solidarität. Sie waren Ausbrüche von jahrelang unterdrückter Wut auf den Rassismus des israelischen Staates. Palästinensische Dörfer haben keinen Zugang zu staatlichen Fördermitteln für Wasser-, Strom- oder Abwasseranlagen. Palästinenser haben nicht einmal das Recht, Häuser zu bauen. Das Lohnniveau der Palästinenser liegt bei etwa einem Drittel dessen, was israelische Juden verdienen.¹⁰ Im Oktober 2000 erschoss die israelische Armee 13 arabische Demonstranten und löste damit eine Protestbewegung aus, die die politische Debatte in Israel zutiefst aufrührte.¹¹ Die Palästinenser in Israel haben das Potential, die stillschweigende Apartheidpolitik, die Israel in den besetzten Gebieten durchsetzt, zu untergraben. Ihre schiere Anwesenheit im Herzen Israels – sie stellen mit rund 20% eine gewichtige Minderheit – untergräbt die ganze Idee eines zionistischen Staates. Aber die Logik eines Vierteljahrhunderts der Friedensverhandlungen hat die palästinensische Führung dazu gebracht, Israels Anspruch auf das Land hinter der Waffenstillstandslinie von 1948 zu akzeptieren. Auf diese Weise spaltet sie die Palästinenser innerhalb dieser Grenzen von denen in den besetzten Gebieten ab.¹²

Diese Widersprüche spiegeln sich auch in den palästinensischen Basisorganisationen. Die erste Intifada zeugte vom Heranwachsen einer neuen Generation von Widerstandskämpfern in den besetzten Gebieten, die einen alternativen politischen Anziehungspol neben der exilierten Führerschaft von PLO und Fatah in Tunesien bildete.¹³ Diese Mal findet der Aufstand im Kontext einer existierenden palästinensischen Autonomiebehörde statt. Die neue Intifada hat innerhalb solcher Organisationen wie Fatah, die weiterhin große moralische Autorität und organisatorisches Gewicht haben, die Widersprüche verschärft. Eine der Folgen der Osloer Verträge war die Bildung einer palästinensischen Polizei, der viele der Kämpfer beitraten, die sich während der ersten Intifada politisiert hatten. Diese Männer erwarteten, dass sie während der Jahre des ‚Friedens‘ gemeinsam mit israelischen Einheiten Proteste gegen die israelische Besetzung unterbinden würden. Indem sich die Konfrontationen mit der islamistischen Hamas-Bewegung verschärften und die Palästinenserbehörde korrupter und repressiver wurde, begannen die Tanzim, Fatahs aktivistische Basis, von der PLO-Füh-

rung Reformen zu fordern. Wie Graham Usher erklärt, sind die Tanzim auf der einen Seite die politische und militärische Basis der Autonomiebehörde. Auf der anderen aber sind sie ihre loyale – und potentiell aufrührerische – Opposition.¹⁴

Die neue Intifada hat der Fatah den Aufwind gegeben, die Tanzim verstärkt aufzubauen. Und sie hat die informelle Allianz zwischen den sekulären Nationalisten und den Islamisten bekräftigt. Allerdings gibt es innerhalb der Bewegung eine scharfe Auseinandersetzung um ihre weitere Richtung und Zielsetzung. Ein Diskussionsbulletin der Fatah vom Juli 2001 sprach diese Frage direkt an. Sein Autor befürwortete die Ausweitung der Massenaktionen der Intifada – wie Streiks und Proteste örtlicher Kommunen – aber auch “die Formulierung einer klaren militärischen und Sicherheitsstrategie ... um das Selbstvertrauen der zionistischen Besatzungstruppen bis zu einem Punkt zu erschüttern, wo ihre Verluste die Besatzung unhaltbar werden lassen.”¹⁵ Die immer häufigeren Attentate und das Wiederaufstehen der PFLP als Guerillaeinheit zeigen, dass einige solcher Strategien schon von zentralen nationalistischen Organisationen in die Praxis umgesetzt werden.

Das Problem ist, dass die Militarisierung der Intifada allein unmöglich zur Befreiung der Palästinenser führen kann. Die letzte Intifada, die auf sehr viel übersichtlicherem Terrain ausgefochten wurde, resultierte in den Osloer Verträgen, die jetzt von einer Mehrheit abgelehnt werden. In jedem Fall hängt die Befreiung Palästinas nicht nur von den Bedingungen innerhalb Palästinas ab. Die Rolle der arabischen Staaten, die Israel und die USA unterstützen, macht dies klar. Die Ohnmacht dieser Staaten, die selbst die Produkte radikaler anti-kolonialer Bewegungen aus den 50er und 60er Jahren sind, bezeugt, wie unmöglich es ist, Befreiung innerhalb der Grenzen und Parameter eines Nationalstaates zu erreichen.

Das Versagen des politischen Islam

Der Zusammenbruch der Träume der nationalen Befreiung in den letzten 20 Jahren hat maßgeblich zum Wachsen der islamistischen Bewegung im Nahen Osten beigetragen. Die Islamisten weben den Kampf in Palästina, die Krise im Irak und natürlich den Krieg der Mudjahedin in Afghanistan zu einer Art „islamistischen Internationalismus“ zusammen, der auf der Idee einer vereinheitlichten bewaffneten Konfrontation mit dem Imperialismus fußt. In vielen Ländern bilden die Islamisten die Hauptopposition zu den kompromittierten örtlichen Herrschern, die Vasallen der USA sind. Schon vor den Anschlägen auf das World Trade Center stellten die westlichen Medien die islamistischen Organisationen als einen einheitlichen reaktionären Block dar. Tatsächlich besteht zwischen den Gruppen kaum Übereinkunft über organisatorische Methoden oder auch nur die wichtigsten politischen Fragen. Und die Vergangenheit hat gezeigt, dass sie keineswegs automatisch von einer Schwächung der lokalen Regime profitieren.

Islamistische Gruppen, die derzeit im Nahen Osten aktiv sind, fallen grundsätzlich in zwei Kategorien. Die erste bilden reformistische Parteien oder Studentengruppen mit relativ breiter Basis, die im legalen oder halblegalen Rahmen des Wahlsystems und der studentischen Vereinigungen operieren. Die zweite Kategorie bilden hochgradig instabile bewaffnete Gruppen mit oft nur wenigen Mitgliedern, die in der Vergangenheit meist leicht sehr verwundbar gegenüber staatlicher Repression waren. Nur in sehr bestimmten Fällen, nämlich im Libanon und in Palästina, haben es islamistische Gruppen geschafft, Massenanhängerschaft und

einen bewaffneten Kader zu erhalten. Beide Organisationstypen zeigen einige Dynamik. Als Antwort auf staatliche Unterdrückung offener, legaler Aktivitäten brechen desillusionierte Aktivisten mit der Hauptbewegung und verschwinden in den bewaffneten Untergrund. Es wird weithin angenommen, dass einer der Faktoren, die den Ausschlag für die Entscheidung des Islamischen Jihad gaben, Anwar el-Sadat 1981 zu ermorden, Sadats Massenverhaftungen von breiten Schichten von Oppositionellen aus der halblegalen Gama'at Islamyya war. Unter ihnen hatte sich der Bruder von Khalid al-Islambouli, einem der Schlüsselaktivisten des Jihad, befunden.¹⁶ Aber die bewaffneten Gruppen haben es nie geschafft, den Staat allein zu erobern und mussten meistens den Preis dafür bezahlen, dass sie die herrschenden Klassen angriffen.¹⁷ Weder der Islamische Jihad, noch die Muslimische Bruderschaft oder Gama'at Islamiyya konnten das Attentat auf Sadat nutzen, um in Ägypten die Macht zu ergreifen.

Die Beziehung zwischen dem Staat und den islamistischen Gruppen ist immer widersprüchlich gewesen. Auf der einen Seite erhalten die Islamisten Unterstützung für ihre Kritik am bestehenden Staat. In vielen Ländern des Nahen Osten erscheinen sie als die einzige glaubwürdige und konsequente Oppositionskraft. Dieselben Staaten haben jedoch oft eine wichtige Rolle dabei gespielt, die Islamisten als Gegengewicht zu linken Gruppen aufzubauen.¹⁸ Vor allem aber tendieren die islamistischen Führungen dazu, zu schwanken und sich auf Händel mit den Regierungen einzulassen, je mehr sich ihre Massenbewegungen zu einer echten Herausforderung für den Staat entwickeln. Üblicherweise beruhen diese Vereinbarungen auf der Macht der islamistischen Führer, die Massenbewegungen, die sie entfacht haben, zu steuern. Und bei einigen Gelegenheiten hat diese Strategie die Bewegungen völlig zersplittert.¹⁹

Die Widersprüche innerhalb der palästinensischen Hamas sind ein Beispiel für diesen Prozess. Während der Jahre des Osloer Vertrages erschienen die Hamaskämpfer als die einzigen militanten Palästinenser, die bereit waren, sich gegen die Besatzungsmacht aufzulehnen. Innerhalb von nicht einmal zehn Jahren erwuchs Hamas zur größten Opposition zur PLO in den besetzten Gebieten. Je erfolgreicher Hamas in ihren militärischen Aktionen wurde, desto schwerer waren die Gegenangriffe Israels. Das erhöhte den Druck auf Yassir Arafat von zwei Seiten, nämlich von den Straßen Palästinas, wo Hamas begonnen hatte, in dem Vakuum, das die Fatah hinterlassen hatte, eine echte Massenbasis aufzubauen; und von Seiten Israels, das ein hartes Vorgehen gegen Hamas verlangte. Bei mehreren Gelegenheiten blies die Führung der Hamas alle militärischen Aktionen ab, um Arafat zu entlasten. Aber sie musste feststellen, dass sie die Bewegung, die sie aufgebaut hatte, nicht einfach abstellen konnte, zumal Israel gleichzeitig den Druck auf die palästinensischen Gebiete erhöhte. Die Spannungen innerhalb der Hamas drohten mehrmals in offenen Krieg auszubrechen, wenn die jüngeren Aktivisten und Kämpfer drohten, die Waffenstillstände zu ignorieren, die die Führung ausgerufen hatte. Einige dieser Führer wurden sogar selbst zu Zielscheiben, wenn sie weiterhin mit den palästinensischen Sicherheitskräften kooperierten.²⁰ Diese Dynamik konnte man nach den amerikanischen Luftangriffen auf Afghanistan wieder beobachten. Riesige Studentendemonstrationen in der West Bank wurden von der palästinensischen Polizei beschossen, die dabei zum ersten Mal seit Ausbruch der neuen Intifada mehrere Demonstranten tötete. Als Reaktion auf diese Polizeiatacken raffte sich die Hamasführung zu einem Deal mit Arafat auf, um die Straßen ruhig zu halten.²¹

Wenn Hamas es trotz ihrer Massenbasis schwierig fällt, ihre radikale Rhetorik in eine ernsthafte Herausforderung der palästinensischen Bourgeoisie, der bei weitem schwächsten der örtlichen herrschenden Klassen, zu formen, wird klar, dass die Aufgaben, vor der die Zellen von Al Qaida stehen, noch viel schwieriger sind. Diese heterogenen Gruppen bewaffneter Militanter haben trotz ihrer militärischen Erfolge gegen US-Einrichtungen keine wirkliche Verbindung zu den Kämpfen der normalen Bevölkerung und verfügen über keinen effektiven Weg, eine solche herzustellen. Olivier Roy erklärte 1998 in der *Le Monde Diplomatique*:

„Der soziale Inhalt der islamischen Revolution ist ihnen fremd. In Ägypten zum Beispiel befürwortete Gama'at Islamiyya die Agrargegenreform, die Mubarak durchführte... Sie haben praktisch keine Verbindung zu den strategischen Problemen in der muslimischen Welt (außer in Pakistan und Afghanistan). Ihre Besonderheit liegt in ihrem Internationalismus und der Tatsache, dass sie keine feste territoriale Basis haben.“²²

Bewaffnete Bewegungen haben in der Geschichte wieder und wieder erfahren müssen, dass Attentate und Selbstmordanschläge allein nie das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräften zugunsten der Unterdrückten verändern konnten. Die islamistischen Bewegungen des Nahen Ostens sehen sich mit denselben Problemen konfrontiert wie Fatah und die anderen sekulären nationalen Befreiungsbewegungen, wenn sie sich für eine Strategie der militärischen Konfrontation mit dem Imperialismus entscheiden. Darüber hinaus bieten sie keine Alternative für die Millionen von Menschen in der Region, deren Leben durch den globalen Kapitalismus ruiniert werden. In vielen Fällen ignorieren die bewaffneten Gruppen diese Fragen einfach. Dort, wo die islamistischen Gruppen an den staatlichen Strukturen beteiligt sind – wie im Iran und dem Sudan und auf der kommunalen Ebene in Algerien und der Türkei – setzen sie letztlich oft dieselben neoliberalen Politiken durch, die sie in der Vergangenheit verurteilt haben.²³

In Richtung einer arabischen Intifada

Die einzige Kraft, die wirkliche Veränderung im Nahen Osten herbeiführen kann, ist die moderne Arbeiterklasse. Im Gegensatz zu den Befreiungsbewegungen, die versuchten, den Imperialismus mit dem Nationalstaat zu bekämpfen, haben organisierte Arbeiter eindeutig das Potential, die imperialistische Ordnung grenzübergreifend herauszufordern. In einer Zeit, da Konzerne und Staaten sich auf internationaler Ebene organisieren, um Profite zu sichern, ist eine internationale Antwort der Arbeiter, die für die Krise bezahlen, nicht nur möglich, sondern notwendig. Das trifft für den Nahen Osten genauso zu wie für jede andere Region der Erde. Wie die Ereignisse der letzten Jahre gezeigt haben, erzeugen die neoliberalen Politiken rasch die Bedingungen für eine soziale Explosion in einem oder mehreren arabischen Ländern. Strukturanpassungen und Privatisierungen haben in der ganzen Region Streiks und Massenproteste hervorgerufen. Genau diese Prozesse drängen die Arbeiter nicht nur in den Widerstand, sondern vergrößern auch die Arbeiterklasse, wie das Beispiel Saudi-Arabiens deutlich zeigt. Gleichzeitig untergraben die Auswirkungen dieser Politik die ideologischen Grundlagen des Neoliberalismus. Oppositionelle Aktivisten in Syrien verlangen z.B. politische “Liberalisierung” als Gegengewicht zur ökonomischen Liberalisierung. Das Beispiel Ägyptens zeigt, dass Strukturanpassungen in Zeiten ökonomischer Krise nur durchgesetzt werden können, wenn sie von brutaler Polizeirepression flankiert werden.²⁴ Es gibt erste

Anzeichen, dass Aktivisten im Nahen Osten beginnen, sich Inspiration von der anti-kapitalistischen Bewegung zu holen. Als Reaktion auf das geplante Treffen der Welthandelsorganisation WTO in Qatar im November 2001 organisierten libanesische Aktivisten eine Gegenkonferenz, die nach den Vorbildern aus Prag und Genua über Globalisierung und Imperialismus debattierte.

Der Imperialismus intensiviert die Auswirkungen der ökonomischen Krise im Nahen Osten, indem er Bedingungen schafft, unter denen die Wut über wirtschaftliche und soziale Übel schnell in eine verallgemeinerte und aktive Ablehnung des Systems als ganzem umschlagen kann. Die Entwicklung in Palästina ist ein Gradmesser für diesen Prozess der Radikalisierung. In Ägypten schlossen sich rasch Arbeiter den Studentenprotesten an, die zu Beginn der neuen Intifada stattfanden. Die Slogans der Proteste forderten zuerst eine Ausweisung des israelischen Botschafters, bald aber ging es auch um Preissteigerungen, Korruption in der Regierung und um staatliche Repression. Auch Journalisten und Rechtsanwälte solidarisierten sich mit Arbeitsniederlegungen und Besetzungen. Die Schilder und Gesänge griffen das Mubarakregime für seine Verbindungen zu Israel und den USA an, und eine Gruppe von Studenten folgte dem Beispiel aus Prag wenige Tage zuvor und demolierte ein Kentucky Fried Chicken Restaurant.²⁵

Der Krieg in Afghanistan hat den Druck auf die örtlichen Regime und die USA nur noch erhöht. Was jedoch letztendlich darüber entscheiden wird, ob die Wut auf den Straßen sich zu einer dauerhaften Massenbewegung entwickelt, ist ein subjektiver Faktor, nämlich die politische Klarheit der Führung. Das Schicksal der nationalen Befreiungsbewegungen und die Widersprüche innerhalb der islamistischen Organisationen zeigen, dass keine von ihnen diese politische Führung anbieten kann. Die Notwendigkeit einer marxistischen Analyse der Krise im Nahen Osten ist nie deutlicher gewesen. Die Region braucht eine revolutionäre sozialistische Organisation dringender denn je.

Anmerkungen

Dieser Essay ist die gekürzte englische Übersetzung des folgenden Textes: Anne Alexander, 'The crises in the Middle East', in: International Socialism 93, London 2001 (Winter)

¹ S. Aburish, 'The Coming Arab Crash', in: The Guardian, 18.10.2001

² Siehe z.B.: A.. Soueif, 'It Provides The One Window Through Which We Can Breathe', in: The Guardian, 9.10.2001

³ Y. Stein, 'Events On The Temple Mount- September 29. 2000: Interim Report', B'Tselem, in: www.btselem.org

⁴ Health, Development, Information and Policy Institute, 'Factsheet: Palestinian-Intifada (28 September 2000-13 September 2001)', in: www.hdip.org

⁵ A. Barzilay, 'IAF's Largest Ever Helicopter Deal With US Seen Ending Crisis Over Falcon Affair', in: Ha' aretz, 03.10.2000

⁶ J. Halper, 'The 94 Percent Solution: A Matrix Of Control', in: Middle East Report 216, www.merip.org

⁷ Siehe z.B. folgenden Amnesty International Report: 'Israel/Occupied Territories: Impunity for Killers of Palestinians', 24.01.2001 (MDE/004/2001), www.amnesty.org

- ⁸ A. Alexander, 'Powerless in Gaza: The Palestinian Authority and the Myth of the Peace Process', in: *International Socialism* 89, London 2000), S. 41-43
- ⁹ S. Roy, 'The Palestinian Economy After Oslo: Decline and Disfigurement', in: R. Carey (ed.), *The New Intifada* (London, 2001).
- ¹⁰ Siehe: www.arabhra.org
- ¹¹ Siehe z.B.: A. Fisher-Ilan, 'Ben-Shabbat Rips Livnat's Linking Loyalty To School Funding', in: *Jerusalem Post*, 27.08.2001, www.jpost.com/Editions/2001/08/27/News/News.33457.html
- ¹² Siehe: M. Sid-Ahmed, 'The Israeli Arabs', *Al-Ahram Weekly*, 14-20 Dezember 2000.
- ¹³ G. Andoni, 'A Comparative Study of Intifada 1987 and Intifada 2000', in: R. Carey, a.a.O.
- ¹⁴ G. Usher, 'Fatah's Tanzim: Origins And Politics', *Middle East Report* 217, www.merip.org
- ¹⁵ 'Intifada: Miwazin al-Quwa', *Fatah*, issue 13, vol 37 (first half of July 2001), S. 25
- ¹⁶ G. Kepel, *The Prophet And Pharoah*, London, 1985, S. 210
- ¹⁷ Siehe: C. Harman, 'The Prophet And The Proletariat', in: *International Socialism* 64, London 1994, S. 3-63 für eine detaillierte Analyse islamistischer Bewegungen.
- ¹⁸ G. Kepel, a.a.O., S. 138-141
- ¹⁹ C. Harman, a.a.O., S. 30-37
- ²⁰ M. al-Dirassat al-Ishtirakiyya, 'Filastin: Ruyia Thawriyya', Cairo 2001
- ²¹ H. Morris, 'Palestinian Police Shoot Dead Two Protesters', in: *Financial Times*, 09.10.2001
- ²² O. Roy, 'Fundamentalists Without A Common Cause', in: *Le Monde Diplomatique*, Oktober 1998, www.en.monde-diplomatique.fr/1998/10/4afghan. Siehe auch O. Roy, *The Failure Of Political Islam*, Cambridge, Mass. 1994
- ²³ C. Harman, a.a.O., S. 49-51
- ²⁴ Siehe zahlreiche Statements von Amnesty International, in: www.amnesty.org. Z.B.: 'Egypt Fails To End Torture' 07.05.1998 (MDE 12/23/98); 'Hafez Abu Sa'ada Returns To Egypt: Authorities Must Stop Now Harassment Of Human Rights Defenders, 10.03.2000 (MDE 12/08/00)
- ²⁵ M. al-Dirassat al-Ishtirakiyya, a.a.O.

Das Scheitern des sogenannten Friedensprozesses und Israels Friedensbewegung

Für die Menschen in Israel stellt Oktober 2000 den großen Bruch dar - sowohl im Hinblick auf die Beziehungen mit den in den besetzten Gebieten lebenden Palästinensern als auch innerhalb Israels, hinsichtlich der Beziehungen zwischen jüdischen und palästinensischen Staatsbürgern. Der zweite palästinensische Aufstand brachte das Scheitern des sogenannten Friedensprozesses zum Ausdruck.

Innerhalb Israels demonstrierten im Oktober 2000 Tausende palästinensische Bürger Israels ihre Solidarität mit ihren Brüdern und Schwestern, die in der West-Bank und im Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung leben. Als israelische Polizisten und Grenzsoldaten dreizehn Demonstranten - die meisten von ihnen Jugendliche - erschossen, verschärfte sich die Krise zwischen Juden und Arabern innerhalb der israelischen Gesellschaft. Viele in Israel fühlten sich von den Palästinensern „enttäuscht“ und sind gegenüber dem Leiden des palästinensischen Volks gleichgültig geworden. Für viele im Ausland bedeuteten diese Ereignisse das Ende der israelischen Friedensbewegung. In der Tat: Die halboffizielle Friedensbewegung, die ihre Rolle lediglich darin sah, den staatlichen Friedensprozess zu unterstützen, brach zusammen. Viele Intellektuelle haben die Tugend der Staatstreue wiederentdeckt. Doch zugleich entstanden neue Gruppierungen, die sich auch in diesen dunklen Tagen gegen Staatsterror und für die Menschenrechte einsetzen. Eine neue Generation von Aktivisten formiert sich allmählich und probiert neue Aktionsformen aus. Ich bin hier um Ihnen von unseren Erfahrungen zu berichten.

Diejenigen, die die wirkliche Lage der Palästinenser im Gaza-Streifen und in der West-Bank verfolgten, waren von dem Aufstand kaum überrascht. Während man im Ausland seit 1993 gern glaubte, dass der Friedensprozess irgendwie schon weitergeht, ist es für viele Friedensaktivisten in Israel klar geworden, dass der Prozess nirgendwohin führt. Nicht um Frieden

ging es, sondern darum, die besetzten Gebiete zu *befrieden*, nicht um *peace*, sondern um *pacification*. Es ist deutlich geworden, dass zumindest für die israelische Elite das Oslo-Abkommen letztendlich dazu diente, die Besatzung nicht abzuschaffen, sondern zu modernisieren.

Nach dem Oslo-Abkommen wurde die West-Bank dreigeteilt: Die A-Regionen unter palästinensischer Herrschaft, die B-Regionen, von Palästinensern zivil regiert, aber unter Israels militärischer Obhut, und die C-Regionen unter direkter israelischer Herrschaft. Eine neue Landkarte entstand: Das Territorium ist in viele Gebiete mit jeweils unterschiedlichem Rechtsstatus aufgelöst worden. Die israelischen Soldaten haben zwar die Städte verlassen (doch sie können, wie wir in den letzten Wochen gesehen haben, zurückkehren). Sie standen aber dafür nun an unzähligen Kontrollpunkten an jeder Straße. In vielen Hinsichten haben sich die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung verschlechtert. So wurde beispielsweise die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt; der Weg von einem Dorf zum nächsten bedeutete nun oft ein anderes Rechtsgebiet zu betreten. Kleine „Kantone“ unter israelischer Oberherrschaft sind entstanden. Eine Fahrt zwischen benachbarten Dörfern, die sonst weniger als eine Stunde dauern sollte, konnte nun einen ganzen Tag dauern: Straßensperren und Kontrollpunkte markierten den Alltag. Hunderttausende Palästinenser verloren zugleich ihre Arbeitsplätze in Israel. Sie wurden gezielt durch Immigranten und Gastarbeiter - etwa aus dem Fernen Osten - ersetzt. Die israelische Regierung konnte aber nun ihre Verantwortung für die sich verschärfende ökonomische Krise, für Arbeitslosigkeit und Armut zurückweisen: Israel war zwar nicht mehr offiziell die Besatzungsmacht, doch die Besatzung war nicht zu ende.

Denn gleichzeitig wurden die Siedlungen in den besetzten Gebieten massiv ausgebaut. Die Zahl der Siedler hat sich seit dem Oslo-Abkommen um mehr als 53% vergrößert. Es gibt zur Zeit 145 offiziell anerkannte Siedlungen, aber mehr als 200 tatsächliche Siedlungen. Zwischen 1996 und 1999 haben die Siedler 24 neue Stützpunkte gegründet. Davon mussten sie weniger als zehn aufgeben. Für die Siedler wurden außerdem besondere, sichere Umgehungsstraßen gebaut. Millionen wurden für diese Straßen ausgegeben. Hunderte palästinensischer Bauern haben für die neuen Straßen ihr Land verloren. Seit einem Jahr sind viele



Besatzungszonen (A,B,C-Zonen)

dieser Straßen für die palästinensischen Bewohner unzugänglich geworden: Sie gehören den Siedlern. Staatliche Behörden und die Armee haben die Siedler unterstützt. Ihre Vertreter gehören dem rechtsextremistischen Spektrum der politischen Landkarte an. Doch in den Siedlungen findet man auch Tausende nicht politisch-motivierter Siedler, manche von ihnen Immigranten oder weniger bemittelte Israelis, die durch hohe staatliche Subventionen in die besetzten Gebiete gelockt worden waren. Seit dem Aufstand suchen viele der letzteren einen Ausweg, doch die Regierung, die an dem Weiterbestehen der Siedlungen interessiert ist, bietet ihnen keine Lösung.

Der Rechtsruck innerhalb der jüdischen Bevölkerung Israels

Die Siedlungspolitik, die systematische Beschränkung der Freiheit und die ökonomische Krise haben den Begriff „Frieden“ jeden Inhalts beraubt. Wenn Frieden die Fortsetzung der Besatzung mit anderen Mitteln bedeutet, haben viele Palästinenser ihre Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft verloren. Auf der anderen Seite entfernten der „Friedensprozess“ und der partielle Rückzug Israels aus einigen Gebieten die Besatzung aus dem öffentlichen Bewusstsein in Israel. Die neuen Regelungen haben die Palästinenser unsichtbar gemacht. Von nun an konnten viele Israelis sich ihrer Verantwortung für ihr Leiden entziehen. Die Friedensbewegung erlahmte und zog sich hinter die staatlichen Unterhändler zurück. Man wollte nicht sehen, dass die Verhandlungen mit den Palästinensern von einem deutlichen Machtgefälle gezeichnet sind; dass sie sich immer wieder den Diktaten der überlegenen Besatzungsmacht beugen müssen.

Vor diesem Hintergrund ist der deutliche Rechtsruck innerhalb der jüdischen Bevölkerung Israels seit dem Ausbruch des Aufstands zu verstehen. Der Begriff Frieden wurde so gründlich missbraucht, Friedenshoffnungen wurden mit der Fortsetzung der Besatzung übersetzt, so dass der Aufstand bisher wenig Verständnis fand. Es stimmt dennoch, dass es viele in Israel akzeptieren, dass die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaats nur eine Zeitfrage ist. In Umfragen sind grundsätzlich zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten für die Rückgabe der besetzten Gebiete. Viele sehen auch ein, dass die Kolonisten keine Zukunft haben. Dennoch sehen sie keine politische Perspektive mehr und lassen sich politisch durch die Sicherheits- und Todesexperten der jetzigen Regierung führen.

Doch es geht um mehr: Der Rückzug aus den besetzten Gebieten wurde oft in der etablierten Friedensbewegung damit begründet, dass Israel ihren jüdischen Charakter bewahren muss. Man muss sich von den Palästinensern trennen, damit es ein Judenstaat bleibt. Einen Frieden zwischen den Völkern konnte man auf diese Weise nicht aufbauen. Vielmehr hat man damit rassistische, anti-arabische Argumente aufgegriffen, die gegen die arabischen Bürger Israels gerichtet sind. Wenn Frieden nicht Zusammenleben bedeutet, sondern Trennung, dann werden die palästinensischen Flüchtlinge zur Bedrohung, das historische Unrecht, das ihnen angetan worden ist, wird ignoriert. Die Losung „*Trennen wir uns von den Palästinensern in Frieden*“ war daher von vornherein zutiefst ambivalent. Denn ohnehin leben Juden und Araber in Israel sowieso getrennt: Auf diese Trennung der Menschen, mit all ihren Nebeneffekten, gründet der offizielle und der alltägliche Rassismus. Doch man überwindet die Ängste nicht, man gewinnt nicht die Herzen der Menschen für den Frieden, wenn man ihnen für die Zukunft nur ein Leben in einer ummauerten Burg mitten im Nahen Osten verspricht.

Gewaltsame Konflikte entfalten ihre eigene Dynamik. Sie machen die Menschen gewaltsamer, nationalistischer und rassistischer als zuvor. Für die Mehrheit der Israelis ist die Lebenswirklichkeit im Gaza-Streifen und der West-Bank unbekannt. Sie glauben, dass der jetzige kriegsähnliche Zustand eine Folge des Friedensprozesses und nicht seiner Ambivalenzen und Unzulänglichkeiten ist. Nachdem man nach dem ersten palästinensischen Aufstand allmählich zur Einsicht gekommen war, dass es keine militärische Lösung für den Konflikt gibt, befürworten nun viele gewaltsame Maßnahmen. Weil Frieden nicht mehr in Sicht ist, spricht man nur noch von „Sicherheit“ und lässt Sharon und seinen Leuten freie Hand. Viele glauben der offiziellen Version und meinen, Israel hätte den Palästinensern in Camp David 95% der Territorien angeboten. Erst allmählich wird klar, dass Barak seine Bedingungen diktieren wollte und als sie nicht akzeptiert wurden, den Verhandlungen die Grundlage entzogen hat. Noch wenige erkennen, wie viel die Palästinenser schon nachgegeben haben. Ihre Bereitschaft, ihren unabhängigen Staat auf 22% des Gebiets von Palästina zu gründen, wird nicht als großzügig und zukunftsweisend angesehen. Die Medien, die seit den 80er Jahren bewiesen haben, dass sie frei und kritisch berichten können, vertreten nun von sich aus den staatlichen Standpunkt. Die Politik der sogenannten „Liquidierung“ palästinensischer Führer wird kaum kritisiert und in der Presse nie als Staatsterror bezeichnet.

Innerhalb Israels erleben wir eine Verschärfung des staatlichen und des alltäglichen Rassismus gegen arabische Bürger, die etwa 20% der Bevölkerung Israels ausmachen. Viele palästinensische Mitbürger spüren deutlicher als zuvor, dass sie als Fremde im eigenen Land behandelt werden. Es ist schwieriger geworden für sie, Einkaufszentren zu betreten. Ihre Ausgrenzung verstärkt wiederum nationalistische Tendenzen in ihren eigenen Reihen. Auch Linken, die sich mit der Sache der Palästinenser solidarisieren, begegnen oft Hass und Gewalt. Als Aktivisten von *Ta'ayush*, der Gruppe der ich selbst angehöre, versucht haben, in den Strassen von Tel Aviv Geld für die Menschen in den besetzten Gebieten zu sammeln, wurden sie öffentlich angegriffen. Im Cafe nebenan applaudierten die Zuschauer.

Die israelische Friedensbewegung

Die außerparlamentarische Friedensbewegung besteht zur Zeit aus einer Reihe von relativ kleinen Organisationen. Die bekannteste Organisation, *Peace Now* (Frieden jetzt), die 1978 gegründet wurde, ist schwach geworden und kann nur wenige Menschen mobilisieren. Die anderen Gruppen kooperieren miteinander, haben jedoch verschiedene Arbeitsgebiete entwickelt und artikulieren oft unterschiedliche Sensibilitäten.

Einige Organisationen konzentrieren sich auf relativ klar eingrenzbare Arbeitsbereiche und leisten professionelle Arbeit. Eine besonders wichtige Rolle spielt etwa Physicians for Human Rights (*Ärzte für Menschenrechte*). Sie behandeln Menschen in den besetzten Gebieten und kooperieren eng mit palästinensischen Kollegen. Sie haben gegen Folter und Hunger effektiv protestiert und haben ihre Tätigkeit ausgeweitet, um sich für Menschenrechte allgemein einzusetzen: Sie setzen sich für Arbeiter aus Afrika oder Südamerika in Israel sowie für Kinder unter der Besatzung ein. Die Ärzte für Menschenrechte sind mir und meinen Freunden deshalb besonders wichtig, weil sie auch jetzt noch wöchentlich die flüssigen Grenzlinien überschreiten und kleine Gruppen von Ärzten und Schwestern in die eingekreisten palästinensischen Siedlungen schicken. Sie stellen ein gelungenes Beispiel der Aktivi-

tät im Bereich der Menschenrechte, die eine wichtige politische Botschaft verbreiten, dar. Solche und ähnliche Organisationen bestehen oft aus einer relativ kleinen Gruppe von Mitarbeitern - man denkt an *B'Tselem* und *Alternative Information Center*, die vor allem Informationen über Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten sammeln, oder den Ausschuss gegen Häuserzerstörung. Ihre Arbeit ist oft an die Medien gerichtet und setzt Professionalität und Sachkenntnis voraus. Ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung ist deshalb indirekt.

Eine Reihe anderer Gruppen besteht aus Friedensgruppen, die während oder sogar vor dem ersten Aufstand entstanden sind: Ich nenne etwa *Yesh Gvul* (Es gibt eine Grenze), eine Gruppe, die Kriegsdienstverweigerer unterstützt; nämlich sowohl diejenigen, die sich weigern, in den von Israel besetzten Gebieten Militärdienst zu leisten, als auch diejenigen unter den jüngeren Leuten, die Militärdienst in jeder Form verweigern. Zu den älteren Aktivisten kamen in diesem Jahr überraschend neue Gruppen von 18jährigen hinzu. Sie bilden zwar eine Minderheit unter den Jugendlichen, doch die Schwierigkeiten, Reservisten für den schmutzigen Krieg in der West-Bank zu finden, sind nun in Israel allgemein bekannt. Ähnlich bekannt ist *Gush Shalom* (Der Friedensblock), eine relativ kleine aber sehr aktive Gruppe um Uri Avneri, die vor allem Protestaktionen organisiert.

Doch daneben entstanden im vergangenen Jahr neue Gruppierungen. Besonders wichtig finde ich die Formierung der Frauenfriedenskoalition (Women's Coalition for Peace) - ein Bündnis mehrerer Frauenorganisationen, die eine Alternative zur herrschenden Politik zu artikulieren versucht. Manche der beteiligten Gruppen haben sich aus feministischen Zusammenhängen entwickelt. Andere kamen aus der Friedensbewegung, besonders aus der Erfahrung der erfolgreichen Bewegung von Frauen und Eltern für den Rückzug Israels aus dem Südlibanon. Eng verwandt mit dieser Bewegung ist die relativ junge Organisation „Neues Profil“. Hier geht es um ein langfristiges Projekt der Demilitarisierung der mobilisierten israelischen Gesellschaft. Die Gründerinnen versuchen, eine öffentliche Diskussion über Militärdienst und seine gesellschaftlichen Folgen in Gang zu bringen, Antimilitarismus mit Feminismus zu verbinden und alternative, zivilere und zivilisiertere Lebensformen zu entwerfen. Eine neue Gruppe, die versucht, auf den inneren Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Formen der Unterdrückung in der israelischen Gesellschaft aufmerksam zu machen, ist „Schmutzige/Schwarze Wäsche“, eine Gruppierung von Homosexuellen gegen die Besatzung. Rabbiner für Menschenrechte ist ebenfalls eine kleine Gruppe, sie leistet dennoch eine wichtige Arbeit, besonders durch ihre Beteiligung an lokalen Projekten in den besetzten Gebieten.

Die öffentliche Wirkung dieser Gruppen ist begrenzt. Die meisten ihrer Mitglieder sind jüdische Staatsbürger. Die Militarisierung des Konflikts und die Eskalation der Gewalt haben die Zusammenarbeit mit palästinensischen Gruppen in den besetzten Gebieten stark eingeschränkt. Es ist nun israelischen Bürgern verboten, die A-Gebiete, die unter der Herrschaft der Palästinensischen Autonomie-Behörden stehen, zu betreten. Aber auch die Kooperation mit palästinensischen Bürgern Israels ist stark begrenzt. [...]

Über die nötigen Schritte zur Lösung des Konflikts herrscht eigentlich ein breiter Konsens unter all diesen Gruppen. Israel muss die besetzten Gebiete verlassen, die Siedlungen abbauen, die Teilung Jerusalems akzeptieren, damit die Palästinenser ihren unabhängigen Staat mit Jerusalem als ihre Hauptstadt gründen können. Israels Verantwortung für das Schicksal der aus ihrem Land vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge wird allgemein anerkannt, doch

die Frage nach der gerechten Lösung bleibt verschwommen. Hier hat die Diskussion erst begonnen. Auch diejenigen, die sich künftig ein Leben in einem bi-nationalen oder post-nationalen Staat vorstellen können oder sogar vorziehen, sehen die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates neben Israel als unverzichtbar. Erst der Frieden wird die Grundlagen für solche Visionen schaffen. Bis dahin gilt es, uns sowohl von dem Fluch der militärischen Herrschaft über die Palästinenser zu befreien, als auch Israel selbst zu demokratisieren.

Die Mauern durchbrechen

Zum Schluss möchte ich einiges über die Gruppe, in der ich tätig bin, berichten. Wir nennen uns Ta'ayush, ein arabisches Wort, das soviel wie Zusammenleben heißt. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine arabisch-jüdische Gruppe ist. Uns geht es darum, durch konkrete politische Arbeit, die Grundlagen für eine gemeinsame Zukunft zu bilden, für ein gemeinsames Leben als Gleiche. Die Gruppe entstand vor einem Jahr, nach dem Ausbruch der Intifada und dem Erschießen von dreizehn palästinensischen Bürgern durch die Polizei. Viele von uns spürten damals ihre Ohnmacht. Keine politische Gruppe war damals in der Lage, am Ort präsent zu sein, durch Solidarität und gewaltlosen Widerstand die Sicherheitskräfte daran zu hindern, auf Bürger zu schießen. Dieses Fehlen war nicht zufällig. Israel ist eine getrennte Gesellschaft. Ihre palästinensischen Bürger werden diskriminiert, aber Apartheid-Gesetze sind nicht nötig, da die ganze Gesellschaft durch halbsichtbare Schranken getrennt ist: Araber und Juden leben kaum zusammen. Die Isolierung Israels im Nahen Osten, die Einkesselung der Palästinenser in den besetzten Gebieten reproduziert sich auch innerhalb Israels. Ta'ayush versucht, diese Mauern der Angst, der Diskriminierung und der Unterdrückung zu untergraben, zunächst einfach dadurch, dass wir eine echte Zusammenarbeit auf lokaler Ebene aufbauen. [...] Ein gutes Beispiel stellen die Solidaritätskonvois zu den eingekreisten Dörfern in der West-Bank dar. Hier ging es zunächst darum, dass sich Juden und Araber innerhalb Israels, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, mit den Palästinensern solidarisieren, für sie spenden. Dann fährt ein Konvoi von 150 bis 250 Menschen, 40 bis 50 Autos und Lastwagen in die West-Bank, um Dörfer zu erreichen, die unter der aufgezwungenen Blockade leben. Zusammen mit unseren palästinensischen Partnern werden die Lebensmittel entladen. Die Teilnehmer aus Israel haben dadurch die Möglichkeit, die Perspektive zu wechseln und die Wirklichkeit aus dem Blickwinkel der unter der Besatzung lebenden Palästinenser zu sehen. Zugleich stellt diese Form praktischer Solidarität ein Zeichen für viele in Israel dar: Dass diese Aktionen unter den jetzigen Bedingungen immer noch möglich sind, dass eine Brücke von Solidarität aufrecht erhalten bleibt. Sie machen die Blockade sichtbar, indem sie sie vorübergehend durchbrechen. Sie wirken gegen die Dämonisierung des Feinds und geben Menschen die Möglichkeit, sich jenseits ethnischer Zugehörigkeit zu bewegen. 7 solcher Konvois fanden bisher statt. Sie werden immer gefährlicher, finden aber eine sehr breite Resonanz.

Ein nicht wenig kompliziertes Projekt konzentrierte sich auf das Schicksal von Palästinensern, die aus ihren kleinen Siedlungen im südlichen Teil des Hebron-Bergs vertrieben wurden. Hier ging es darum, sich gegen Annexion und Vertreibung einzusetzen, durch eine Verbindung von Rechtsmitteln, Hilfe- und Protestaktionen am Ort und Medienarbeit. Im September wurden 120 der Einwohner erneut vertrieben. Nach einer hartnäckigen Kampagne

gegen ethnische Säuberung konnten sie zurückkehren, begleitet von den Aktivisten von *Ta'ayush*, die mit den Einwohnern geblieben sind, um Siedler und Soldaten davon abzuhalten, die Palästinenser erneut zu vertreiben. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob wir letztendlich erfolgreich sein werden. [...]

Ich möchte ein drittes und letztes Beispiel, diesmal nicht für Friedensarbeit, anführen. Denn für uns ist es wichtig, nicht nur gegen die Besatzung zu protestieren, sondern zugleich die Grundlagen für ein Zusammenleben als Gleiche zwischen Juden und Palästinensern zu schaffen. Wir glauben nicht, dass konsequente Opposition darauf verzichten kann, selbst eine Alternative zu verkörpern. In Israel selbst gibt es etwa 90 arabische Gemeinden, die nicht anerkannt sind: Sie werden vom Staat ignoriert und leben ohne soziale Dienstleistungen, ohne Schulen, Strom und Wasser. Es ist eines der markantesten Beispiele für die Diskriminierung der Palästinenser, die in Israel als Bürger zweiter Klasse leben. In einem dieser Dörfer, Dar el-Hanoun (*Haus der Blumen*) haben wir deshalb in diesem Sommer ein Sommer-Lager organisiert. Hunderte von Freiwilligen, Juden und Araber, bauten zusammen eine Straße und einen Kinderspielplatz. Dies führte zwar zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei, weil jede Bautätigkeit in diesen Dörfern untersagt ist, dennoch wurde die Auseinandersetzung zunächst gewaltlos vermieden und das Projekt abgeschlossen. Nun prozessiert die Regierung gegen die Einwohner des Dorfes und gegen die Aktivisten wegen Verletzung der Bau-gesetze. Doch für viele in der Region stellt das ein Beispiel für das dar, was eine arabisch-jüdische Partnerschaft erreichen kann.

Es ist nicht leicht, in Israel heutzutage für einen gerechten Frieden einzutreten. Die Angst blendet politische Visionen aus. Die Militarisierung des Aufstands macht es nicht leichter, Menschen daran zu erinnern, dass es um Menschen geht, um ihre Grundrechte und unsere gemeinsame Zukunft. Doch für viele von uns ist klar, dass wir keinen anderen Weg haben. Wenn wir eine Zukunft haben, dann ist es nur eine gemeinsame Zukunft. Wenn nicht Gerechtigkeit, so ist zumindest volle Gleichberechtigung die Vorbedingung dafür.

Anmerkungen

Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Vortrags auf dem Friedensratschlag 2001 in Kassel (1./2. Dezember 2001), gehalten von Dafna Hirsch, Universität Tel Aviv.

Israel und die antinationale Linke

Eine internationale Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Befreiungskampf ist längst überfällig, auch in Deutschland. Ein Hindernis dazu stellt seit Jahren die Linke dar, die sich „antinational“ oder „antideutsch“ nennt und Teile der autonomen und ehemals stalinistischen Linken umfasst. In den letzten 10 Jahren veröffentlichten sie Artikel in Blättern wie Konkret, Jungle World oder Bahamas, in denen sie den israelischen Staat verteidigen und die Intifada der Palästinenser angreifen. Sie sehen im politischen Islam oder dem Islam an sich die Hauptgefahr für den Weltfrieden heute. Einige sind nach dem 11. September sogar zu Befürwortern des militärischen US-Feldzugs gegen Afghanistan und einer Ausweitung des Krieges geworden. Diese Herangehensweise führt in die politische Sackgasse.¹

Der US-Krieg gegen den Irak 1991

Das Problem dieser Gruppen verschärfte sich 1991 während des Golfkrieges. In Deutschland gingen damals Hunderttausende Kriegsgegner auf die Strasse. Doch die Bewegung kam unter ideologischen Beschuss. Der irakische Diktator Saddam Hussein instrumentalisierte die Palästina-Frage, indem er Raketen auf Israel abschoß, um seine Isolation in der arabischen Welt zu durchbrechen. Die Kriegsbefürworter gingen daraufhin in die Offensive: die Friedensbewegung sei antiamerikanisch, für die Diktatur Husseins, und deshalb antiisraelisch und antisemitisch. Linksliberale Persönlichkeiten wie Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger gingen dabei offen auf die Seite der US-Administration über. Teile der radikalen Linken folgten dieser Logik. Konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza unterstützte offen den US-Feldzug. Er schrieb später:

„Jahrzehntelang überzog Israels Part als Kronkolonie des Imperialismus, heute überwiegt (...) seine fortschrittliche Rolle. Das Datum des Wandels fiel mit dem der weltpolitischen Wende zusammen, und wie schwer es damals fiel, ihn als solchen wahrzunehmen, zeigte sich nicht zuletzt 1991 im Streit um die Bewertung des Golfkriegs, in dem KONKRET ein Drittel seiner Leserschaft verlor, weil es Israel (...) in Schutz nahm.“²

Nach der „Wende“ von 1989 – dem Zusammenbruch des Ostblocks – brach auch ein Großteil der Linken in Deutschland zusammen, da sie die Wende als eine welthistorische

Niederlage für die Linke betrachtete. Von Rechtsruck, „Drittem Reich“ und „Faschisierung“ in Deutschland, der Stärkung der nationalistischen Bewegungen in der Dritten Welt und des ‚reaktionären‘ Islams in der arabischen Welt, von einer antisemitischen ‚Konterrevolution‘ gegen Israel war die Rede. Ihre Schlussfolgerung war: 1. die einzig verbleibende Supermacht, die USA, als Bastion gegen das wiedervereinigte Deutschland und als Ordnungsmacht gegen die islamische Bewegung in den arabischen Ländern zu unterstützen, und 2. Israel als Bollwerk gegen den Antisemitismus zu verteidigen. In diesem Geist griff Anton Landgraf in der Jungle World nachträglich die Friedensbewegung von 1991 an, da sie sich „*nicht gegen die Vernichtungspläne Husseins, sondern gegen den Feldzug der Amerikaner*“³ richtete. Mit dieser Position unterstützten sie nicht nur den Mord an über 100.000 Irakis durch US-Bomben, sondern auch die bisher circa eine Million Toten durch das US-Embargo seit 1991.

Solidarität mit Israel?

Gremliza beschreibt Israel als einen „*Brückenkopf der ersten Welt in einem Teil der dritten Welt.*“ Das meint er nicht im negativen Sinne: Er ist „*außerdem und eben darum (...) stets zugleich eine Agentur neuzeitlicher Aufklärung in einer Region weltgeschichtlichen Mittelalters.*“⁴ Es gibt vier Probleme mit diesen Aussagen. Erstens läuft es in letzter Konsequenz auf eine rassistische Haltung hinaus – die Araber könnten sich nicht selber von bestimmten reaktionären Traditionen befreien. Zweitens zeigt es ein falsches Bild von der arabischen Welt. Der Kapitalismus ist ein globales System, das sich in alle Winkel der Welt ausgebreitet hat. Öl ist kein mittelalterlicher Rohstoff, sondern zentraler Machtfaktor der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Beirut, Kairo, Bagdad und Damaskus sind keine feudalen Dörfer, sondern moderne kapitalistische Großstädte. Drittens hat der westliche Imperialismus keinen Fortschritt in dieser Region gebracht, sondern behindert diesen durch Kolonisierung, die Kontrolle über die Öl-Quellen und die ständigen militärischen Interventionen. War denn die Kolonisierung von Indien und Afrika rechtens, hat es den Menschen Fortschritt gebracht? Kann Fortschritt nur durch westliche Kanonen durchgebombt werden? Und viertens: Israels Vertreibung der Palästinenser hat keine „*neuzeitliche Aufklärung*“ gebracht, sondern Millionen Menschen zum Flüchtlingsdasein degradiert und die ganze Region in einen Krieg ohne Ende verwickelt.

Tobias Pflüger schreibt richtig: „*Konsequent gegen Rassismus und Antisemitismus vorzugehen, bedeutet auch rassistische Muster in unserem Denken anzugehen. Vielleicht hängt die Affinität vieler im Westen zu Israel mit der (vermeintlichen) kulturellen Nähe der israelischen Gesellschaft mit westlichen Gesellschaften zusammen. Bei so manchen (derzeitigen) Plädoyers ‚für Israel‘ werden rassistische Muster, insbesondere gegen ‚den Islam‘ und ‚die Araber‘ deutlich. Dieser Rassismus ist nicht besser, nur weil er sich teilweise ‚links‘ schimpft.*“⁵

Wer für das Existenzrecht der jüdischen Bevölkerung ist, was alle Linken sein müssen, muß in aller Deutlichkeit die Regierungs-, Besatzungs- und Kriegspolitik des israelischen Staates – eines zionistischen, d.h. rein jüdischen Staates, der auf der Verschmelzung von Religion und Staat beruht, diesen als Heimstätte aller Juden weltweit versteht und allen Juden volle Staatsbürgerrechte garantiert, zugleich aber Palästinensern, die dort geboren sind, ihr Rückkehrrecht versagt – kritisieren.

Es ist wichtig zwischen der Kritik am Zionismus und Antisemitismus zu unterscheiden. Es ist zwar richtig, dagegen zu argumentieren, einen Vergleich einiger Greuelthaten des israelischen Staates mit den Handlungen der Nazis anzustrengen. Das ist – bei aller Gewalt – falsch und verkennt den Charakter des Nationalsozialismus. Der Holocaust stellt eine Einzigartigkeit in der bisherigen Geschichte dar. Wenn der Holocaust jedoch eines lehrt, dann jenes: Wir müssen uns gegen jegliche Form von Rassismus und Unterdrückung widersetzen, wo immer sie sich äußert. Der Tatbestand der Unterdrückung von Palästinensern muß daher thematisiert werden. Und: Eine Lösung des Konfliktes – das gleichberechtigte Zusammenleben von Juden und Palästinensern – ist nur gegen den heutigen israelischen Staat möglich.

Mit dem Antisemitismus-Vorwurf erschwert Israels Regierung eine echte Bekämpfung des Antisemitismus, der noch immer weltweit existiert. Die deutsche Linke sollte auf antizionistische Juden wie Noam Chomsky und seinen Appell mit 33 jüdischen Intellektuellen hören: *„Wir Juden müssen ein Ende des Krieges gegen die Palästinenser und der israelischen Besetzung des Westjordanland und Gaza, das Recht auf palästinensische Selbstbestimmung und den Abbau der israelischen Apartheid fördern. Es ist nicht in unserem Interesse, dass wir die Zustände, die Widerstand und Blutvergießen andauernd reproduzieren, verstärken. Solidarität mit den Palästinensern ist in Wirklichkeit Solidarität mit den Juden.“*⁶

Faschismus mit islamischem Antlitz?

Die antinationale, antideutsche Linke betrachtet die Intifada und den Widerstand gegen die amerikanische Herrschaft in der Region als reaktionär oder gar als faschistisch, weil dort auch fundamentalistische Kräfte und der Islam generell Einfluss haben. Das antideutsche Blatt Bahamas schreibt:

*„Ihr Vorbild ist das antisemitische Mörderkollektiv der NS-Deutschen. Deren Führer Adolf Hitler unterschied zwischen einem ‚Antisemitismus des Gefühls‘ und einem ‚Antisemitismus der Vernunft‘. Die erste Kategorie hielt er für eine Voraussetzung der zweiten, der er als der effektiveren zur Durchsetzung verhelfen wollte. Der Lynchmob von Ramallah fällt unter die erste Kategorie. Das präzis geplante Massaker vom 11. September ist der Beginn einer Neuauflage der zweiten.“*⁷

Die Jungle World zitiert zustimmend Christopher Hitchens aus einem amerikanischen Blatt, der von „*einem Faschismus mit islamischem Antlitz*“ spricht.

Die Parallelen sind künstlich und unhistorisch. Nazi-Deutschland war eine der grössten imperialistischen Mächte der Welt und führte einen weltweiten Expansionskrieg. Der Antisemitismus war die Grundideologie einer faschistischen Massenbewegung. Sie konnte an die Macht gelangen, weil sie dem deutschen Kapital versprach, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Die Palästinenser sind Opfer des Imperialismus, nicht ihre Vollstrecker. Sie sind durch Gewalt zionistischer Terrororganisationen und in Komplizenschaft mit der grössten imperialistischen Macht der Welt, den USA, aus ihrer Heimat vertrieben worden. Die arabischen Länder im Nahen Osten waren gestern westliche Kolonien und heute stehen sie unter dem Einfluss der grössten, meist amerikanischen, Ölkonzerne der Welt. Deshalb ist Israel und sind die USA das Hassobjekt für Millionen Araber geworden. Die arabischen Massen sehen den Kampf gegen israelische und amerikanische Vorherrschaft als Teil des Kampfes für ihre eige-

ne Emanzipation. Nicht eine imperialistische Rassenideologie (Ideen einer „weißen“ oder „arischen“ Herrenrasse) liegen den antiisraelischen Stimmungen der arabischen Massen zugrunde, sondern die Erfahrung realer Ungleichheit.

Der politische Islam ist leider ein einflussreicher Faktor in der Region geworden. Er wächst, weil die sekuläre Linke unter der Führung von Arafat und der PLO gescheitert ist. Das Abkommen mit Israel in Oslo hat keinen palästinensischen Staat oder die Rückkehr in die Heimat gebracht. Die Autonomie-Gebiete sind nicht mehr als ein von israelischem Militär abgeriegelter Flickenteppich arabischer Reservate. Und Arafats Autonomiebehörde ist selber eine abgehobene korrupte Macht geworden, die Oppositionelle aus der eigenen Bevölkerung in die Gefängnisse steckt. Beides ist die Grundlage für den Aufstieg der Hamas und die Verzweilungstaten der Selbstmordattentäter.

Der politische Islam ist weder unser Verbündeter, kein Teil einer fortschrittlichen Bewegung, noch eine faschistische, reaktionäre Bewegung. Er ist nicht zu vergleichen mit dem traditionalistischem Wahabismus, der Interpretation des Islams, die in Saudi Arabien praktiziert wird. Es sind Bewegungen, dessen Kader aus intellektuellen und studentischen Schichten und aus Teilen der Staatsangestelltenschaft kommen, welche ihre Länder vom imperialistischen Joch befreien und entwickeln wollen. Eben die Schichten, die früher von den Linken angezogen wurden. Aber es ist ein widersprüchliches Phänomen. Gerade weil die Idee von der sozialen Erneuerung und der Kampf gegen den Imperialismus in religiöse Sprache verkleidet wird, gibt es ein Verwischen der Unterschiede islamischer und traditionalistischer Ansätze. Die unterschiedlichen Interpretationen ziehen unterschiedliche soziale Klassen an. Die religiöse Sprache kann verhindern, dass diese Unterschiede erkannt werden. Erneuerung kann einfach heißen, den ‚kulturellen Imperialismus‘ zu bekämpfen, der den Islam ‚korrumpiert‘ hat, und die früheren islamischen Werte und Gesetze wieder einzuführen, so wie die Wohlfahrtspartei in der Türkei und der FIS in Algerien es praktizieren. Es kann aber auch heißen, den Staat und die imperialistische Herrschaft in Frage zu stellen und diese direkt anzugreifen, wie die Hamas in Palästina. Oder es kann eine Mischung sein: Der Kampf für den Erhalt der Schleier der islamischen Frauen wird dann als Kampf gegen die westlichen Kapitalisten und deren Kultur angesehen, wie bei den Taliban in Afghanistan. In jedem Land gibt es Streit zwischen unterschiedlichen Strömungen und Spannungen zwischen den verschiedenen Klasseninteressen der Gesellschaften und innerhalb der zahlreichen Organisationen.

Amerikas Feldzug alles Gute wünschen?

Die antinationale Linke macht es sich sehr einfach: „*Schlimmer als das Kapital*“, so verurteilte Landgraf in der Jungle World die islamische Bewegung. In einen Krieg zwischen dem Westen und der islamischen Welt „*ist der Kapitalismus seinen Feinden vorzuziehen.*“⁸ Sie müssten gestoppt werden, „wenn nötig auch mit Gewalt.“

Die „Verteidigung der Zivilisation“ ist für die Bahamas-Redaktion (wie für Bush) die Aufgabe der USA in ihrem Krieg gegen den Islamismus und den Islam. „Fanta statt Fatwa“ fordert die Jungle World. Die Bahamas wird zum Kriegsstrategen für die USA und Israel. Die Linke sollte „*Amerikas Feldzug alles Gute wünschen (...) insoweit es zur Folge hat, dass im Windschatten der Militärschläge der insbesondere im letztem Jahr gestiegene internationale Druck auf Israel wenigstens temporär wieder weicht und Israel in die Lage versetzt,*

sich seinerseits ohne unerbetene Einmischung von außen der akuten Bedrohung angemessen zu erwehren“.⁹

Die antinationale, antideutsche Position heißt mehr Krieg und ein größeres Blutbad im Nahen Osten. Früher gab es für sie nur die Alternative zwischen dem stalinistischen Staatskapitalismus im Osten und dem westlichen Kapitalismus. Heute scheint es für sie keine fortschrittliche Alternative zum westlichen Kapitalismus mehr zu geben.

Perspektive von unten

Aus dem Versuch, die besondere Rolle Deutschlands in der Unterdrückung der Juden zu betonen, ist eine Kriegsbefürwortung der größten imperialistischen Macht der Erde geworden. Es gibt aber eine andere Perspektive. Die 90er Jahre der Instabilität. Neoliberalismus und Krieg wüteten über diesen Planeten. Aber die Kehrseite war Widerstand von unten. Das Jahrzehnt fing mit dem Kollaps des Stalinismus im Osten an und endete mit dem Entstehen einer antikapitalistischen Bewegung im Westen. Es gab eine Rückkehr von Massenstreiks (z.B. 1995 in Frankreich) und revolutionären Situationen (Indonesien 1998 und Jugoslawien 2000). Die Bewegung gegen den US-Imperialismus in den islamischen Ländern war Teil dieser Entwicklung, wie auch die Intifada in Palästina. In diesen Kämpfen gibt es einen Streit um die Richtung, um die politische Führung. Die Linke heute sollte sich von diesen Kämpfen nicht fernhalten, sondern in ihnen eine sozialistische Perspektive aufzeigen.

Wie der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung bzw. deren militärisches Gesicht auch gegen die Vorherrschaft der USA im Nahen Osten und ihren nützlichen Juniorpartner Israel zusammengebracht werden kann, zeigte die Beirut Gegenkonferenz zum WTO-Gipfel in Katar im November 2001. 800 Menschen nahmen Teil. Ein Teilnehmer meinte:

„Den Leuten ist bewusst, dass es eine Verbindung zwischen dem antikapitalistischen Kampf, dem Kampf in Palästina und dem Widerstand gegen den Krieg in Afghanistan gibt.“ Ein anderer erklärte, wie ihn die internationale Bewegung inspiriert hatte: *„Ich weiss, dass viele Menschen gegen die Globalisierung sind. Ich habe die Demonstrationen in Genua, Nizza und Barcelona im Fernsehen gesehen. Die Globalisierung betrifft uns alle. Ob sie im Norden oder im Süden leben.“* Ein Student bekam riesigen Applaus, als er sagte: *„Kapitalisten im Nahen Osten und Europa sind Teil des selben Systems. Wir brauchen eine Bewegung der Einheit der Arbeiter auf der ganzen Welt, um das ganze verfaulte System zu zerschlagen.“*

Hier liegt die Hoffnung in dieser Region und nicht in israelischen oder amerikanischen Bomben. Und: Je stärker kapitalismuskritische linke Bewegungen werden und sich international vernetzen, um so eher kann ein erneutes Aufkommen reaktionärer Bewegungen verhindert werden.

Anmerkungen

¹ Grundsätzlich kann man die Theorie der Antinationalen als „negativen Nationalismus“ bezeichnen. Dieser ist jedoch keine wirkliche Überwindung des Nationalismus: Der Nationalstaat war die spezifische Form, in der das Bürgertum zur Macht kam. Internationalistische Sozialisten bekämpfen den Nationalismus aus Prinzip. Gegen die Einheit der Nation betonten sie die Einheit der internationalen Arbeiter. „Die Arbeiter

haben kein Vaterland“ (Marx/Engels). In Deutschland hat der Nationalsozialismus und der historisch bisher einmalige Holocaust einen Teil der Linken dazu geführt, den deutschen Nationalismus grundsätzlich für den gefährlichsten zu erklären. Schon im Zweiten Weltkrieg hat dies dazu geführt, dass revolutionäre Sozialisten wie etwa der Mitbegründer des Spartakusbundes, Karl Retzlaw, sich mit reaktionären Deutschenhassern wie den britischen Konservativen Vansittard verbündeten. Vansittard war ein Vertreter der Kollektivschuldthese, die im Potsdamer Abkommen der alliierten Siegermächte 1945 ihren Niederschlag fand („Das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer ... , denen es blind gehorcht hat, begangen wurde.“). Es war gerade die Ungeheuerlichkeit der Nazi-Verbrechen, die große Teile der Linken für solche Kollektivschuldthesen empfänglich machte. Der Holocaust ist die Geburtsstunde eines „negativen Nationalismus“ der deutschen Linken, d.h. von Theorien, die den Nationalsozialismus und seine Verbrechen als „einmalig“ in dem Sinne hinstellen, dass sie nur in Deutschland geschehen konnten und sich auch nur in Deutschland wiederholen können. Der „negative Nationalismus“ stellt insofern keine wirkliche Überwindung des Nationalismus dar, als er sich in einer bloßen Umkehr erschöpft. Wo die Nationalisten die Überlegenheit der eigenen (deutschen) Nation vor allen anderen betonen („Deutschland über alles in der Welt“), sehen die negativen Nationalisten im deutschen Nationalstaat das zeitlos größte Übel. Die Idee der Nation bleibt bei den einen wie den anderen die prägende analytische Kategorie zum Verständnis der eigenen Geschichte, der gegenüber Kapitalismus und Klassenkämpfe in den Hintergrund treten. So kann es nicht verwundern, wenn ein Teil der ehemals stalinistischen Linken wie die Herausgeber der Zeitschrift Konkret sich nun, nach dem Zusammenbruch des russischen Imperiums, auf die Seite des US-Imperialismus schlagen und in diesem die einzige Kraft sehen, die dem „schlimmsten“ aller Nationalstaaten, dem deutschen, Paroli bieten, diesen gewissermaßen in Schach halten.

² Konkret 5/97, S. 9

³ Jungle World 40/01

⁴ Konkret 5/97, a.a.O.

⁵ Siehe: <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=1>

⁶ Ein Beispiel für das couragierte Eingreifen von jüdischen Intellektuellen lieferte auch der französische Marxist Daniel Bensaïd. Nach dem Beginn der neuen Intifada kam es in Frankreich zu einer Welle von Anschlägen gegen Synagogen, Plünderungen jüdischer Geschäfte seitens Jugendlicher arabischer Abstammung. Dagegen meldeten sich er und andere jüdische Intellektuelle mit einem Aufruf in *Le Monde* zu Wort, der die Zurückweisung dieser Gewalttaten mit einer Kritik der Politik des israelischen Staates gegenüber den Palästinensern verband: *„Dieser Aufruf setzt sich für die Rechte der Palästinenser ein und verurteilt ebenso klar jedes Abgleiten in Rassismus oder konfessionelle Konfrontation, jede rassistische Tat, jeden rassistischen Diskurs, insbesondere Anschläge auf Synagogen und Angriffe auf jüdische Schulen.“* Bensaïd argumentiert scharf gegen den israelischen Staat, denn: *„Je mehr an alle Juden appelliert wird, hinter dem Staat Israel und seinen Regierenden zusammenzustehen, je mehr die gesamte Diaspora mit dem jüdischen Staat und alle Juden mit dem Zionismus identifiziert werden, desto mehr werden junge Palästinenser und Araber in den Irrtum getrieben, israelische Botschaften und Synagogen in einen Topf zu werfen und Antizionismus mit Antisemitismus zu vermengen.“* Es sei daher ein Mittel des Kampfes gegen den Antisemitismus, *„zu zeigen, dass ‚die Juden‘ und die israelischen Regierenden nicht dasselbe sind.“* (Siehe: SoZ - Sozialistische Zeitung, Nr. 06, 15.03.2001, S.16)

⁷ Horst Pankow, in: Bahamas 36/01

⁸ Jungle World 40/01

⁹ Einige Antinationale argumentieren, dass die Linke sich auch aufgrund der zunehmenden eigenständigen imperialistischen Interessen Europas (und damit Deutschlands) im Nahen Osten schützend vor Israel stellen sollte. Eine Auswirkung dessen könne sein, dass Israel bald von den USA fallengelassen würde. Jenseits der Spekulation über die Frage, inwiefern die EU aufgrund ihrer militärischen Schwäche überhaupt ihre Interessen im Widerspruch zu den Interessen der USA durchsetzen könnte, ist eines sicher: Obwohl die USA mit anderen Staaten in der Region kooperiert, ist Israel immer noch der einzig wirklich verlässliche Partner, auch wenn man der Regierung mal eine Mahnung erteilt – was damit zu tun hat, dass Israel gewisse Eigeninteressen besitzt, die des öfteren mit den Interessen der USA kollidieren. Die Nahost-Politik der Vereinigten Staaten ist dabei nicht durch die sogenannte „jüdische Lobby“ in den USA geprägt (wie es immer wieder heißt), sondern durch reale Kapitalinteressen.

Die Juden, Israel und der Holocaust

Die Geburt des Zionismus

Die Französische Revolution befreite das Judentum. Zwischen 1789 und der Vereinigung Deutschlands und der Italiens fast hundert Jahre später verschwand das physische, wirtschaftliche und intellektuelle Ghetto. Mendelssohn, Heine und Marx, allesamt Juden, waren herausragende Persönlichkeiten der deutschen Kultur. Es gab einen weitverbreiteten Antisemitismus und es fanden gar Pogrome statt, das aber war im zaristischen Russland, wo das Joch des Feudalismus noch schwer lastete und der moderne Kapitalismus kaum Einzug gehalten hatte. Als der Kapitalismus alt und klapprig wurde, vor allem nach der großen Depression der 1930er Jahre, wandte er sich gegen alle Errungenschaften seiner Jugendzeit. Jetzt wurden die Juden nicht mehr einfach ins Ghetto gepfercht, sondern, noch viel schlimmer - in die Gaskammern.

Zwischen beiden Perioden kam es allerdings zu einem schlimmen Fall von Antisemitismus in Frankreich. 1895 wurde der Armeeeoffizier Dreyfus beschuldigt, deutscher Spion zu sein. Das Gerichtsverfahren glich einer Hexenjagd und war der Auslöser für eine Pöbelhysterie gegen die Juden. Diese antisemitische Welle war das Nebenprodukt des Kampfes zwischen dem aufsteigenden französischen Imperialismus und dem deutschen Imperialismus. Im Paris jener Zeit lebte ein angesehener Wiener Journalist, Theodor Herzl. Aus der ganzen Furore zog Herzl den Schluss, dass der Antisemitismus ein natürliches und unabwendbares Phänomen sei. Er schrieb im Juni 1895: *“In Paris gelang ich, wie ich schon sagte, zu einer freieren Einstellung zum Antisemitismus; ich begann, ihn historisch zu verstehen und ihm zu verzeihen. Vor allem erkannte ich, wie sinn- und nutzlos der Versuch ist, den Antisemitismus zu bekämpfen.”*

Herzl kritisierte Emile Zola und andere Franzosen, in erster Linie Sozialisten, die Dreyfus verteidigten. Er beschwerte sich, dass die Juden *“Schutz bei den Sozialisten und den Zerstörern der bestehenden Ordnung suchen (...) Fürwahr, sie sind keine Juden mehr. Sie sind ganz bestimmt auch keine Franzosen mehr. Sie sind wahrscheinlich die zukünftigen Führer des europäischen Anarchismus.”*

Er argumentierte, dass die Antwort auf den Antisemitismus darin bestünde, dass die Juden die Länder, in denen sie unerwünscht seien, verlassen und ihren eigenen Staat gründen. Er verkündete, dass bei der Realisierung dieses Ziels ‚die Antisemiten unsere zuverlässigsten Freunde ... unsere Alliierten sein werden‘. Daher suchte er den zaristischen Innenminister Plehwe auf, jenen Mann, der den Kischinewer Pogrom von 1903 organisiert hatte. Er versuchte ihn damit zu ködern, dass ein Auszug der Juden aus Russland die revolutionäre Bewegung, Plehwes Feind, schwächen würde.

Wenn der Antagonismus zwischen Juden und Nichtjuden angeblich naturgegeben und unvermeidlich sei, dann folgte daraus, dass der Antagonismus zwischen Juden und Arabern in Palästina ebenso natürlich und unvermeidlich war. Herzls erste Definition des Zionismus war: ‚*einem Volk ohne Land ein Land ohne Volk zu geben*‘. Als man ihn darauf aufmerksam machte, dass Araber in Palästina lebten, nahm Herzl es als selbstverständlich an, man müsse sie halt einfach loswerden. Im Juni 1895 schrieb er: *“Wir werden versuchen, die mittellose Bevölkerung über die Grenzen zu zaubern, indem wir Arbeitsstellen für sie in den Transitländern finden und zugleich ihnen jede Anstellung in unserem eigenen Land vorenthalten.”* Was für ein empörender Ausdruck angestrebter ethnischer Säuberung!

Geschlossene zionistische Wirtschaft

Die Zionisten, die ab dem Ende des 19. Jahrhunderts nach Palästina auswanderten, wollten keine Wirtschaft nach dem Vorbild des weißen Südafrikas errichten. Dort waren die Weißen die Kapitalisten und die Schwarzen waren die Arbeiter. Die Zionisten wollten eine ausschließlich jüdische Bevölkerung. Angesichts des sehr niedrigen Lebensstandards der Araber verglichen mit den Europäern und einer weitverbreiteten offenen und versteckten Arbeitslosigkeit konnte dieses Ziel nur durchgesetzt werden, indem den Arabern der Zugang zum jüdischen Arbeitsmarkt versperrt wurde. Dazu griff man auf verschiedene Methoden zurück. Erstens hatte der Jüdische Nationalfonds als Eigentümer eines Großteils des Landes im jüdischen Besitz, darunter große Flächen Tel Avivs, ein Statut, wonach ausschließlich Juden auf diesem Land beschäftigt werden durften.

Zweitens mussten alle Mitglieder des zionistischen Gewerkschaftsverbandes Histadrut (Generalverband der Jüdischen Arbeiter) zwei Beiträge entrichten, einen für den Schutz der jüdischen Arbeitskraft und einen zweiten für den Schutz der jüdischen Arbeitsprodukte. Die Histadrut organisierte Streikposten gegen Obstgartenbesitzer, die arabische Arbeiter beschäftigten, und zwangen sie zu deren Entlassung. Es war auch ein alltägliches Bild, junge jüdische Männer auf dem jüdischen Markt unter den Gemüse- und Eierverkäuferinnen spazieren zu sehen; wenn sie auf eine stießen, die zufällig Araberin war, gossen sie Brennöl auf das Gemüse und zertrümmerten die Eier.

Ich kann mich erinnern, wie ein Tel Aviver Café angegriffen und fast vollständig verwüstet wurde, nachdem das Gerücht aufgekommen war, dass ein Araber in der Küche als Tellerwäscher beschäftigt sei. Ich kann mich auch an wiederholte Demonstrationen gegen den Vizekanzler der Hebräischen Universität von Jerusalem, Dr. Magnus, während meiner Studenzeit 1936 bis 1939 erinnern. Dr. Magnus war amerikanischer Jude und ein Liberaler, und sein einziges Verbrechen bestand darin, Pächter eines arabischen Grundbesitzers zu sein.

Abhängigkeit vom Imperialismus

Im Bewusstsein, dass sie auf den Widerstand der Palästinenser stoßen würden, waren sich die Zionisten immer im Klaren, dass sie auf die Hilfe jener imperialistischen Macht angewiesen waren, die in dem Augenblick den größten Einfluss in Palästina besaß.

Am 19. Oktober 1898 reiste Herzl nach Konstantinopel zu einer Audienz mit Kaiser Wilhelm. Damals war Palästina noch Teil des osmanischen Reichs, das seinerseits Juniorpartner Deutschlands war. Herzl legte dem Kaiser dar, dass eine zionistische Siedlung in Israel den deutschen Einfluss stärken würde, da der Zionismus sein Zentrum in Österreich hatte, einem Partner des deutschen Reichs. Er warb auch mit einer weiteren Verlockung: *“Ich erklärte, dass wir die Juden dem Einfluss der revolutionären Parteien entzögen.”*

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs, als klar war, dass Palästina Großbritannien zufallen würde, trat der damalige Führer der Zionisten, Chaim Weizmann, mit dem britischen Außenminister Arthur Balfour in Verbindung und erhielt von diesem am 2. November 1917 eine Erklärung, die den Juden ein Heimatland in Palästina zusicherte. Sir Ronald Storrs, der erste britische Militärgouverneur von Jerusalem, erklärte, das zionistische *“Unterfangen sei für ihn als Gebenden genauso ein Segen wie für den Nehmenden, denn es schuf für England ‘ein kleines, loyales jüdisches Ulster’ inmitten eines Meeres des potentiell feindlichen Arabismus.”* Die Zionisten würden zu Palästinas Oraniern [Statthalter Großbritanniens in Nordirland].

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wurde klar, dass Großbritannien seine führende Rolle im Nahen Osten an die Vereinigten Staaten verlieren würde. Ben Gurion, der damalige zionistische Führer, eilte deshalb nach Washington, um eine Reihe von Abkommen mit den USA zu zementieren. Israel ist jetzt der zuverlässigste Satellit der Vereinigten Staaten. Es hat seinen Grund, wenn die USA mehr Wirtschaftshilfe an das winzige Israel als an irgendein anderes Land der Welt zahlen. Israel ist auch der größte Empfänger amerikanischer Militärhilfe.

Der Holocaust

Leo Trotzki erfasste die Barbarei des Faschismus klar und sah die Vernichtung der Juden voraus. Am 22. Dezember 1922 schrieb er: *“Man kann sich das Schicksal der Juden schon beim Ausbruch des zukünftigen Kriegs unschwer ausmalen. Aber sogar ohne Krieg wird die nächste Entwicklungsstufe der Weltreaktion sicher die physische Ausrottung der Juden bedeuten. Nur die kühne Mobilisierung der Arbeiter gegen die Reaktion, die Schaffung von Arbeitermilizen, direkter physischer Widerstand gegen die faschistischen Banden, zunehmendes Selbstvertrauen, Aktivität und Kühnheit auf Seiten der Unterdrückten können eine Veränderung der Kräfteverhältnisse herbeiführen, die weltweite Welle des Faschismus stoppen und ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit aufschlagen.”*

Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte der Zionismus unter der überwiegenden Mehrheit der Juden weltweit, vor allem unter Juden der Arbeiterklasse, kaum Anhänger. In Polen beispielsweise, wo die größte jüdische Gemeinschaft Europas beheimatet war, fanden im Dezember 1938 und im Januar 1939 in Warschau, Lodz, Krakow, Lwow, Vilnius und anderen Städten Kommunalwahlen statt. Der Bund, eine sozialistische und antizionistische Arbeiterorganisation, erhielt 70 Prozent der Stimmen in den jüdischen Stadtteilen und 17 von 20 Sitzen in Warschau, während die Zionisten lediglich einen Sitz behielten.

Das alles änderte sich schlagartig durch den Holocaust. Es gibt kaum Juden in Europa, die nicht den Verlust von Familienmitgliedern zu beklagen hätten. Ich erinnere mich an den Besuch einer Tante aus Gdansk bei uns in Palästina kurz vor Kriegsausbruch. Ihre übrigen Verwandten habe ich nicht kennen gelernt, aber sie verschwanden zusammen mit allen anderen im Holocaust. Eine Kusine von mir, die ich sehr gut kannte, zog mit ihrem Ehemann und ihrem fünfjährigen Kind kurz vor dem Krieg nach Europa, sie alle wurden in den Gaskammern ermordet.

Heute sind die überwiegende Mehrheit der Juden Zionisten, und das ist durchaus verständlich.

Die Katastrophe

Das ist die Bezeichnung der Palästinenser für die Gründung des Staates Israel 1948. Seitdem kam es in den drei Kriegen von 1948, 1967 und 1973 zwischen Israel und den Arabern zu einer massiven ethnischen Säuberung der Palästinenser. Heute gibt es 3,4 Millionen palästinensische Flüchtlinge, weitaus mehr als die Zahl der Palästinenser, die in ihren angestammten Gebieten leben. Zahlen über die Bodenverteilung belegen deren Eliminierung: 1917 besaßen die Juden 2,5 Prozent des Bodens im ganzen Land, 1948 waren es 5,7 Prozent und heute sind es 95 Prozent innerhalb der Grenzen von vor 1967, während die Araber nur noch fünf Prozent ihr eigen nennen.

Es ist einer der tragischsten Fälle der Geschichte, dass ein unterdrücktes Volk wie die Juden, das unter der Barbarei der Nazis gelitten hat, einem anderen Volk Unterdrückung aufgezwungen hat - den Palästinensern, die für den Holocaust keine Schuld tragen.

Die Lösung

Die Palästinenser besitzen nicht die Kraft, sich selbst zu befreien. Sie haben nicht einmal die Kraft, ernsthafte Reformen zu erkämpfen. Ihre Lage ist eine ganz andere als die der Schwarzen Südafrikas, die bedeutende Reformen errungen haben. Sie haben die Apartheid abgeschüttelt, das Stimmrecht gewonnen und einen schwarzen Präsidenten gewählt. Es stimmt zwar, dass die wirtschaftliche Apartheid nach wie vor besteht. Der Reichtum konzentriert sich in den Händen einer winzigen Anzahl von Weißen, der sich eine winzige Anzahl von Schwarzen zugesellt hat. Die überwiegende Mehrheit der Schwarzen lebt nach wie vor in erbärmlicher Armut. Die Schwarzen Südafrikas sind unvergleichlich stärker als die Palästinenser. Erstens gibt es fünf bis sechs Mal so viele Schwarze wie Weiße in Südafrika, während die Zahl der Palästinenser der der Israelis in etwa gleicht (die Mehrheit der Palästinenser sind geflüchtet). Zweitens bilden die schwarzen Arbeiter das Rückgrat der südafrikanischen Wirtschaft, während die Palästinenser nur eine Randrolle spielen. Die südafrikanische COSATU ist eine mächtige Gewerkschaft, die eine zentrale Rolle bei der Zerschlagung der Apartheid spielte. Die Palästinenser haben keine vergleichbare Gewerkschaftsorganisation.

Wenn es eine Situation gibt, auf die Trotzki's Theorie der permanenten Revolution perfekt passt, dann ist es die der Palästinenser. Er argumentierte, dass keine demokratischen Forderungen, keine nationale Befreiung möglich sind ohne proletarische Revolution. Der Schlüssel zum Schicksal der Palästinenser und aller anderen Menschen im Nahen Osten befindet sich in

den Händen der arabischen Arbeiter, deren Hauptzentrum in Ägypten und in geringerem Umfang in Syrien, dem Irak, dem Libanon und anderen Ländern liegt. Tragischerweise hat sich das Potential der arabischen Arbeiterklasse wegen der schädigenden Wirkung des Stalinismus nicht verwirklicht, der die Linke im Nahen Osten lange Zeit dominierte. Es waren die Stalinisten, die sich als Türöffner für die Baath-Partei und Saddam Hussein im Irak betätigten, Assad und der syrischen Baath-Partei an die Macht verhalfen und in Ägypten Nasser und danach den Islamisten den Weg frei machten.

Eine Revolution der arabischen Arbeiterklasse würde dem Imperialismus und dem Zionismus ein Ende bereiten. Es ist schiere Heuchelei zu behaupten, dass dies eine Bedrohung für die Juden in der Region bedeute. Als das Apartheidregime in Südafrika herrschte, behaupteten seine Anhänger, dass der ANC für das Abmetzeln der Weißen eintrat. Nichts dergleichen ist geschehen.

Anmerkungen

Tony Cliff (1917-2000), jüdischer Kritiker des israelischen Staates und Sozialist, wurde in Palästina geboren. Er emigrierte nach dem Zweiten Weltkrieg nach Großbritannien. Der Artikel erschien in englischer Sprache: Tony Cliff, 'The Jews, Israel and the Holocaust', in: Socialist Review, Nr. 219, Mai 1998